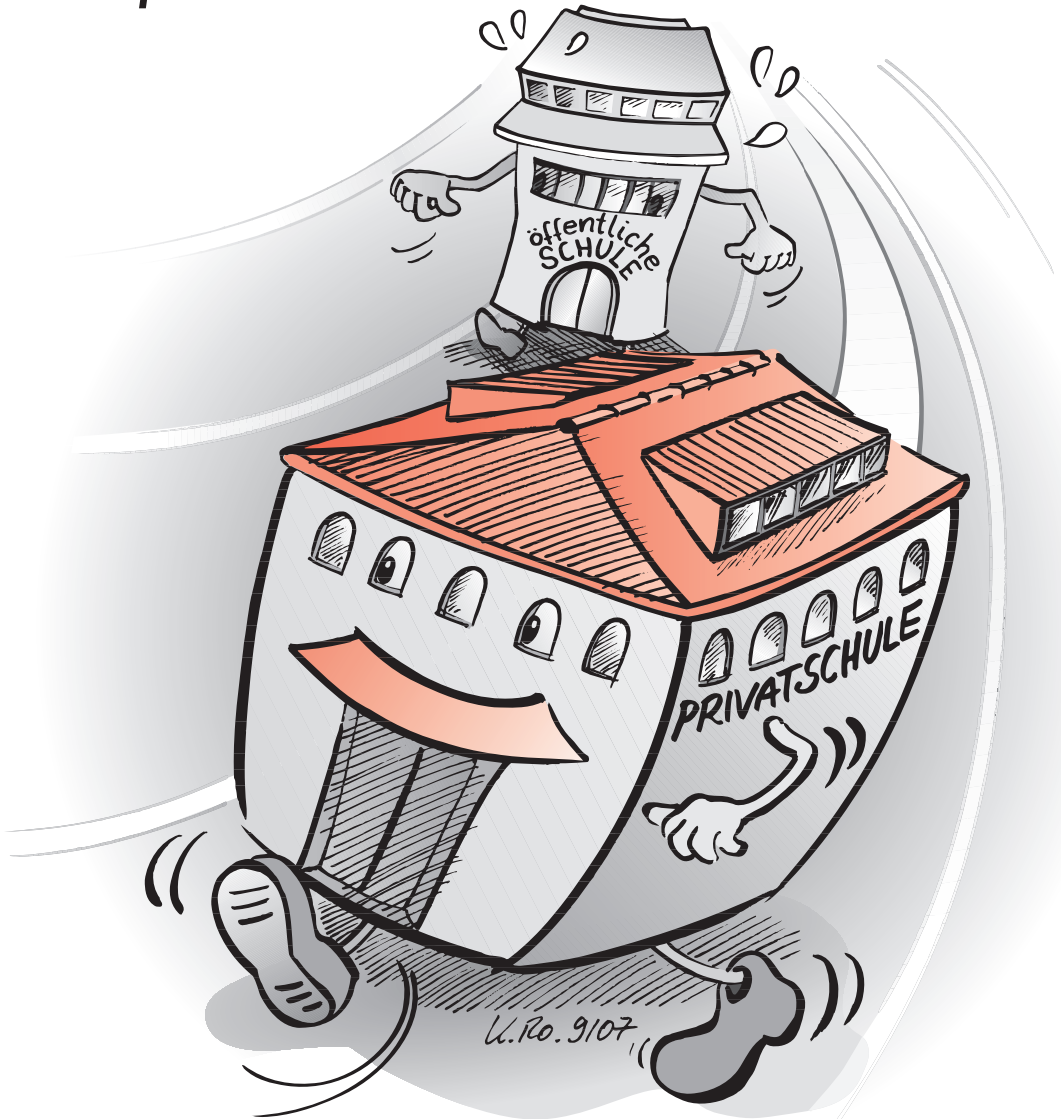


Privatisierungsreport – 5

Bildung als Privatsache: Privatschulen und Nachilfeanbieter auf dem Vormarsch



Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Hauptvorstand

Verantwortlich: Marianne Demmer, Ulf Rödde (V.I.S.d.P.)

Autor: Matthias Holland-Letz

Redaktion: Martina Schmerr, Stefanie Eßwein

Reifenberger Str. 21

60489 Frankfurt

069/78973-0

Fax: 069/78973-202

E-Mail: info@gew.de

www.gew.de

Illustration: Katja Rosenberg

Gestaltung und Satz: Jana Roth

Druck: Druckerei Leutheußner

ISBN: 978-3-939470-16-8

Artikel-Nr.: 1228

Die Broschüre erhalten Sie im GEW-Shop

(www.gew-shop.de, E-Mail: gew-shop@callagift.de, Fax: 06103-30332-20),

Mindestbestellmenge; 10 Stück, Einzelpreis 2,00. Preise zzgl. Verpackungs- und
Versandkosten von zurzeit 6,96 Euro brutto.

Einzelexemplare können Sie anfordern unter: broschueren@gew.de, Fax: 069/78973-70161.

Preis: 2,70 Euro inklusive Versandkosten.

Oktober 2007

Privatisierungsreport – 5

Bildung als Privatsache:

Privatschulen und Nachhilfeanbieter auf dem Vormarsch

Vorwort _____ 5

Immer mehr Privatschulen:

Aderlass fürs öffentliche Schulwesen _____ 9

- 1. Rendite mit Schulen – das Modell Phorms-Schule Berlin**
- 2. Qualitätscheck: Private Schulen**
- 3. Privatschullobby fordert mehr Geld vom Staat**

Private Nachhilfeinstitute:

„Ideale Partner“ der staatlichen Schulen? _____ 43

- 1. Prächtige Aussichten: Boom auf dem Nachhilfemarkt**
- 2. Reformimpuls oder neue Bildungsungleichheit?**
- 3. Qualitätscheck: Wie gut sind kommerzielle Institute?**
- 4. Steuer-Privilegien für Nachhilfeanbieter**
- 5. Propaganda inklusive: Nachhilfe von NPD und Scientology**

GEW-Links

GEW-Adressen

Mitgliedsantrag



„Deutsche Eltern lieben Privatschulen“, „Privatschulen boomen“ – so oder ähnlich lauten in jüngster Zeit viele Schlagzeilen. Oft wird dabei unter Bezug auf die PISA-Ergebnisse die ungeprüfte Aussage wiederholt, Privatschulen seien besser als öffentliche. Verfechter des öffentlichen Schulwesens reagieren alarmiert und die Lobbyisten des Privatschulwesens rechnen vor, dass sie zu wenig Geld vom Staat erhalten. Zugleich ist seit Jahren von der Expansion der privaten Nachhilfeketten zu lesen, die sich bereits als Partner für den Ganztagsbetrieb der öffentlichen Schulen anbieten.

Der fünfte Teil des Privatisierungsreports der GEW nimmt diese beiden Entwicklungen unter die Lupe. Sind Schulen in privater Trägerschaft wirklich besser? Wie ist deren steigende Zahl zu erklären? Wie ist es um die Qualität von Nachhilfeanbietern bestellt? Und wo liegen die Probleme und Gefahren dieser Entwicklung?

Der erste Beitrag *Immer mehr Privatschulen: Aderlass fürs öffentliche Schulwesen* macht deutlich, dass bei der aktuellen Gründungswelle die Unzufriedenheit mit der (pädagogischen) Qualität öffentlicher Schulen nicht die Hauptrolle spielt. In den östlichen Bundesländern, wo der Rückgang der Schülerzahlen und entsprechende Schulschließungen früher eingesetzt haben als im Westen, geht es den Eltern zum einen darum, die ortsnahen Schulstandorte für ihre Kinder zu erhalten. Zum anderen ist im Osten eine deutliche Zunahme bei berufsbildenden Angeboten zu verzeichnen. Aber auch das mangelnde Vertrauen gegenüber öffentlichen Schulen und die Wünsche der Eltern müssen ernst genommen werden. Wie die Reportage über die Phorms-Schule – der erste Privatschultyp, mit dem an der Börse Geld verdient werden soll – beispielhaft zeigt, greifen viele Privatschulen genau das auf, was Eltern an öffentlichen Schulen mitunter vermissen: einen Ganztagsbetrieb, der es ihnen erlaubt, ganztägig berufstätig zu sein,

eine geringe Sitzenbleiberquote, eine ausgeprägte Förderkultur und kleinere Klassen.

Ähnlich fortschrittliche Schulkonzepte bieten jedoch beileibe nicht alle Schulen in privater Trägerschaft. Viele arbeiten ganz konventionell. Zudem gibt es mittlerweile eine Vielzahl öffentlicher Schulen, die reformpädagogisch arbeiten, ganztags geöffnet sind und sich der individuellen Förderung verschreiben. Diese haben bei PISA hervorragend abgeschnitten haben.

Auch der – mit Verweis auf die PISA-Ergebnisse – behauptete Leistungsvorsprung privater Schulen lässt sich bei genauerer Betrachtung nicht aufrecht halten. Dies macht der Beitrag auf Grundlage einer Studie von Prof. Dr. Manfred Weiß deutlich. Private Schulen schneiden nicht besser ab, wenn man die soziale Herkunft und die Zusammensetzung ihrer Schülerschaft in Rechnung stellt. Für die Leistungen von Schulen – so zeigt eine Analyse der PISA-Daten – ist die Schulform von größerer Bedeutung als der Schulträger. Der Graben verläuft also zwischen Hauptschulen und Gymnasien – und nicht zwischen öffentlichen und privaten Schulen.

Der zweite Beitrag *Private Nachhilfeeinstitute: „Ideale Partner“ der staatlichen Schulen?* trägt unter anderem zusammen, wie kommerzielle Nachhilfeeinstitute in jüngster Zeit versuchen, durch die Verbindung von Nachhilfe mit Events oder gar durch Sonderangebote bei Kaffeeröstern ihre Marktanteile auszubauen. Die Probleme der nachmittäglichen Nachhilfe: sie verstärkt die Ungleichheiten im Bildungswesen, sie unterliegt weder einer Qualitätsprüfung noch staatlicher Aufsicht und bietet für Organisationen wie der NPD und Scientology ein Betätigungsfeld.

Bei der Stiftung Warentest kommen die überprüften Anbieter nicht besonders gut weg. Um diesen Ruf zu verbessern, tun sich die „Großen“ derzeit zusammen, lassen ihre Arbeit prüfen und entwickeln ihr eigenes „Gütesiegel“. Selbstbewusst streben sie an, in Form von Public Private Partnerships fester Teil des öffentlichen Schulwesens zu werden, etwa im Rahmen von Ganztagschulen. Das klingt absurd und ist doch konsequent in einem Schulwesen, das den Nachmittag schon immer gerne dem Geldbeutel der Eltern und kommerziellen Anbietern überlassen hat. In anderen Ländern, in denen Kinder traditionell ganztags zur Schule gehen und besser individuell gefördert werden als hierzulande, ist ein solcher Nachmittagsmarkt nicht denkbar.

Privatschulen und Nachhilfe gab es schon immer. Privatschulen sind sogar im Grundgesetz als Teil des Schulwesens vorgesehen und stehen unter staatlicher Aufsicht. Wenn beide Bereiche wachsen – unterstützt von einer starken Wirtschaftslobby und kommerziellen Interessen – droht die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft weiter zuzunehmen. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden. Zum Schutz der öffentlichen Schule als Gesamtsystem, zum Schutz der Chancengleichheit und des sozialen Zusammenhalts. Bildung ist – und muss es bleiben – Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Das öffentliche Schulwesen hat einen hohen Wert in einer demokratischen Gesellschaft. Nur wenn die öffentlichen Schulen flächendeckend zu guten integrativen Ganztagschulen ausgebaut werden, die alle Kinder individuell und bestmöglich fördern, wird der private Bildungsmarkt am Nachmittag überflüssig. Und nur dann gelingt es, das Vertrauen der Eltern in öffentliche Einrichtungen dauerhaft zu stärken. Wir brauchen eine hohe Qualität aller Einrichtungen, eine breite Bildungsbeteiligung und gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen. Und nicht zuletzt gute Lern- und Arbeitsbedingungen. Dies ist ohne ein staatlich verantwortetes und finanziertes Gesamtsystem nicht zu haben.

Die zunehmende Privatisierung des Bildungswesens führt zu Deregulierung von Arbeitsverhältnissen. Gute Arbeitsbedingungen und ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot sind jedoch zwei Seiten einer Medaille – sie müssen erhalten werden.

Marianne Demmer

Stellvertretende Vorsitzende
der GEW

Martina Schmerr

Referentin
Vorstandsbereich Schule

Immer mehr Privatschulen: Aderlass fürs öffentliche Schulwesen

In Köln öffneten zu Beginn des Schuljahres gleich drei neue private Schulen. In Berlin plant eine Aktiengesellschaft, mit Privatschulen Kasse zu machen. Evangelikale Bekenntnisschulen lehren, dass die Evolutionstheorie fragwürdig ist.

Was bedeutet der Privatschulboom für die Qualität des Unterrichts, für die Bildungschancen von Migrantenkindern – und für die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften?

Ein wenig Statistik vorweg:

„Deutsche Eltern lieben Privatschulen“¹

Im Schuljahr 2005/2006 hatten bundesweit 4.637 Privatschulen ihre Pforten geöffnet – stattliche 43,5 Prozent mehr als im Jahr 1992.² Besonders stark boomen Privatschulen in Ostdeutschland. Seit 1992 vervierfachte sich deren Zahl – während sie im Westen lediglich um 16,4 Prozent zunahm.³ Die Privatschulen teilen sich auf in 2.765 allgemein bildende Schulen und 1.872 berufsbildende Schulen. Wichtige Träger sind:

Katholische Kirche – 1.146 Schulen

Evangelische Kirche – 988 Schulen

Freie Waldorfschulen – 208 Schulen

Freie Alternativschulen – 85 Schulen (plus 14 Schulinitiativen)

Internationale Schulen – 50 Schulen

Landerziehungsheime – 20 Schulen

873.000 Schülerinnen und Schüler besuchten 2005/2006 eine Privatschule – ein Anstieg von 52 Prozent gegenüber 1992.⁴ 234.000 lernten an einer berufsbildenden Schule. Längst nicht alle Schulformen sind gleichermaßen interessant für private oder freie Träger.

„Deutsche Eltern lieben Privatschulen“

„Den größten Anteil bei den allgemein bildenden Schulen machen mit rund 40 Prozent die Gymnasien aus“, gibt der Verband Deutscher Privatschulen (VDP) zu.⁵ Das gilt auch für kirchliche Schulträger. In Nordrhein-Westfalen befinden sich gerade mal drei Hauptschulen in evangelischer oder katholischer Trägerschaft – aber 95 Gymnasien.⁶ Privatschüler trifft man am häufigsten in Sachsen.⁷ Dort besuchen 11,4 Prozent aller Schüler an allgemein bildenden und beruflichen Schulen Einrichtungen von privaten Trägern. Es folgen Bayern (9,8 Prozent) und Hamburg (7,9 Prozent). Das Schlusslicht bildet Schleswig-Holstein (3,3 Prozent).

Trotz des Privatschulbooms liegt Deutschland im internationalen Vergleich weit zurück, betont der Lobbyverband VDP. Im Jahr 2004 waren hierzulande lediglich 6,7 Prozent aller Schüler Privatschüler.⁸ In Frankreich lag der Anteil bei 21,3 Prozent. Großbritannien kam auf 40,6 Prozent, die Niederlande gar auf 76,4 Prozent.

Ein Unterschied mit Folgen, behauptet die Wirtschaftswoche.⁹ Im Vergleich schnitten „Länder mit höherem Privatschulanteil besser ab“, so das Wochenmagazin. Zur Begründung wird der Münchner Bildungsökonom Ludger Wössmann zitiert. Der sagt, es sei sehr wahrscheinlich, dass Privatschulen den Wettbewerb unter den Schulen anregten – „und damit das gesamte System auf ein höheres Niveau heben“.¹⁰ An dieser These darf gezweifelt werden. Denn Spitzenreiter Finnland kam 2004 auf einen Privatschüleranteil von 5,2 Prozent. Das bei PISA ebenfalls gut positionierte Schweden wies 6,0 Prozent Privatschüler aus.¹¹

1. Rendite mit Schulen – das Modell Phorms-Schule Berlin

Dienstagmorgen, kurz vor neun. Mädchen und Jungen strömen klassenweise in die Aula. Sie hocken sich auf den grauen Boden, tuscheln – und schauen erwartungsvoll zur Tür. Minuten vergehen. Dann betritt eine freundlich blickende Endfünfzigerin den Raum. „Good morning, everybody“, ruft Schulleiterin Celia Budge in die Runde. „Good morning, Mrs. Budge“, schallt es ihr entgegen.

Morgendliches Ritual in der Phorms-Schule¹², einer privaten Grundschule mit Ganztagsbetrieb, gelegen in einem ehemaligen Fabrikgebäude in Berlin-Mitte. Auch während dieser 15-minütigen „Assembly“ in der Aula wird Englisch gesprochen. Denn die Phorms-Schule unterrichtet bilingual – selbst in der Vorschulklasse. „Wir haben uns überlegt, was werden die Kinder in 20 oder 30 Jahren brauchen, um auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen?“, so Béa Beste, Vorstandsvorsitzende der Phorms Management Aktiengesellschaft (AG). Die AG ist Eigentümerin einer gemeinnützigen GmbH in Berlin, die als Trägerin der Phormsschule auftritt. Der Name Phorms setzt sich zusammen aus Form und Metamorphose.

Die Berliner Phorms-Schule begann im August 2006 mit dem Unterricht – und sorgte bundesweit für Schlagzeilen. „Geschäftsmodell Grundschule“, überschrieb etwa die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung am 3. Dezember 2006 ihren Artikel. Denn die Phorms-Macherinnen und -Macher hatten erklärt, dass sie mit ihrem Schulkonzept Geld verdienen wollen. Wie soll das gehen? Béa Beste erklärt, dass die Phorms AG zunächst bundesweit Landesgesellschaften gründet, die als Trägerinnen der Schulen dienen. Die AG vergibt dann Startkredite und verkauft Dienstleistungen: Marketing, Personalauswahl, Curriculumentwicklung, Computertechnik. „Die Schule zahlt Gebühren dafür“, so Vorstandschefin Beste.

Den Investoren der AG gehe es aber nicht um kurzfristige Dividende, betont Béa Beste. Sie setzen darauf, dass Phorms sich als Unternehmen durchsetzt und immer wertvoller wird. „Über die Steigerung des Aktienwerts“, so Phorms-Vorstandsfrau Beste, „soll sich das Investment lohnen“.

Unter den Aktionären der Phorms AG tummeln sich Manager und Unternehmer. Darunter Rolf Schmidt-Holtz, Vorstand von Sony. Und Paulus Neef, Gründer des Internetdienstleisters und einstigen Börsenlieblings Pixelpark. Auch Wolf Unkelbach, ehemaliger Geschäftsführer des Lehrmittelverlags Klett, gehört dazu.

Ersatz- oder Ergänzungsschule?¹³

Privatschulen sind entweder als Ersatz- oder als Ergänzungsschule organisiert. Ersatzschulen bieten Bildungsgänge und Abschlüsse, die sich mit dem Angebot staatlicher Schulen vergleichen lassen. Sie *ersetzen* staatliche Schulen. An Ergänzungsschulen hingegen gibt es Unterricht und Abschlüsse, die an staatlichen Schulen nicht zu finden sind. Sie *ergänzen* also das staatliche Angebot. Ergänzungsschulen finden vor allem im berufsbildenden Bereich ihre Nische, weil der Staat für manche, vor allem moderne Berufe, keine oder nur wenig Ausbildungsangebote macht.

Privatschulen in Deutschland sind „integraler Bestandteil des staatlichen Schulwesens“.¹⁴ So will es Artikel 7 des Grundgesetzes. „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates“, heißt es in Absatz 1. Privatschulen in den USA hingegen unterliegen kaum staatlicher Regulierung und Kontrolle.¹⁵

Viertel nach neun. Rechnen in Klasse 1 der Phorms-Schule. „This morning, it’s all about halving und doubling“, erklärt Lehrerin Nina Pape. Gerade mal 13 Schülerinnen und Schüler sitzen im Raum. Dennoch bildet Nina Pape zwei Gruppen. Eine Gruppe übt, angeleitet von Lehrassistentin Anita, wie man Zahlen malt. Dabei lernen die Kinder, gerade Zahlen von ungeraden zu unterscheiden. Die zweite Gruppe sitzt auf dem Teppichboden vor dem Whiteboard, einer Art interaktiver, elektronischer Schultafel. Patricia kommt als erste dran. Sie drückt am Whiteboard einen Knopf – und schon erscheinen sechs rote Kreise. Wie viel ist das Doppelte von sechs? Patricia tippt mit dem Finger auf die zwölf, die in einer Zahlenreihe am Tafelrand steht – und schon erscheinen sechs weitere rote Kreise. Als nächster ist Jeffrey an der Reihe. Nach zwanzig Minuten wechseln die beiden Gruppen. Zweisprachigkeit, High-Tech, kleine Gruppen, zwei Lehrkräfte pro Klasse – das sind Merkmale, mit denen sich die private Phorms-Schule von öffentlichen Schulen unterscheiden will.

Wer sein Kind in die Berliner Phorms-Schule schickt, zahlt zwischen 220 und 860 Euro monatlich. Die Höhe des Schulgeldes richtet sich nach dem Einkommen der Eltern. „Wer viel zahlt, gleicht jemanden aus, der wenig zahlt“, betont Phorms-Managerin Béa Beste. „Wir wollen eine ausgewogene soziale Mischung“, erklärt die 39-Jährige.

Das Schulgeld lastet schwer auf vielen Berliner Eltern. Das gilt auch für Katia Dathe und ihren Mann. Die Mutter des achtjährigen Theo erzählt, dass sie als Freiberuflerin in der Textilbranche arbeite. Ihr Mann betreibe eine Diskothek. Für die Phorms-Schule müssten sie inklusive Hort und Essensgeld knapp 300 Euro im Monat aufbringen. „Ich kann’s nicht bezahlen“, erklärt Katia Dathe. Zum Glück springt Theos Großmutter ein – „eine Art Generationenausgleich“. Das Geld sei gut angelegt, findet Katia Dathe. Sie erzählt: Theo ging zunächst

Wie sich Privatschulen finanzieren¹⁶

Schulen in freier Trägerschaft haben vor allem zwei Einnahmequellen: Geld vom Staat und das Schulgeld der Eltern. Doch nur Ersatzschulen kommen in den Genuss staatlicher Unterstützung. Ergänzungsschulen erhalten nichts, sie müssen sich über Schulgeld, Spenden und Sponsoringeinnahmen finanzieren.

Wie viel die Ersatzschulen aus dem Steuersäckel erhalten, richtet sich nach den durchschnittlichen Kosten, die ein Schüler an einer staatlichen Schule verursacht. Im Schnitt, behauptet der Bundesverband Deutscher Privatschulen (VDP) mit Sitz in Frankfurt am Main, übernehme der Staat lediglich etwa zwei Drittel der Kosten. Was fehlt, müssen sich die Ersatzschulen zunächst von den Eltern holen.

Allerdings dürfen sie beim Schulgeld nicht ungehemmt zuschlagen. Denn das Grundgesetz, Artikel 7, Absatz 4 schreibt vor, dass „eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern“ zu unterbleiben hat. Das Schulgeld soll also sozialverträglich sein. Der Fiskus unterstützt Privatschuleltern. 30 Prozent des Schulgeldes sind von der Steuer absetzbar – als Sonderausgaben.¹⁷

auf eine öffentliche Schule in Berlin-Mitte. Dort sei gleich im ersten Jahr „ein Haufen Chaos passiert“. Eine überfüllte Klasse, jede Menge Stundenausfall, Theo konnte gegen Ende des Schuljahres weder Lesen noch Schreiben. „Er dachte sich Magenschmerzen aus, um nicht mehr hingehen zu müssen.“ Jetzt besucht der Junge an der Phorms-Schule die zweite Klasse. Dort fühle sich Theo super. „Im Winter fragte er: Wann sind die Ferien zu Ende, ich will wieder in die Schule.“

Auch die zehnjährige Esra lobt die Phorms-Schule. „Die erklären viel besser“, sagt das türkischstämmige Mädchen. „In der alten Schule wurde nur ein Arbeitsblatt hingelegt. Das war’s“, erinnert sie sich an ihre öffentliche Grundschule. Shawn ist ebenfalls zehn, trägt ein grünes Werder-Bremen-Trikot. Ihm gefallen vor allem die vielen Hofpausen. Und: Wenn er nach Hause komme, müsse er für den Unterricht nichts mehr tun. „Hausaufgaben macht man in der Schule.“

Die Phorms-Schule unterrichtet ganztags, von 9.00 bis 16.00 Uhr. Kinderbetreuung im schuleigenen Hort wird von 7.30 bis 18.00 Uhr angeboten. Wer den Hort besucht, kann aus acht Arbeitsgruppen auswählen – von Fußball, Judo über Musik und Tanz bis hin zu Comic zeichnen und Bildhauerei.

***International Schools –
2.500 Euro allein für die Anmeldegebühr ...***

Primary Grade, School Board, Initial Registration – ein wenig Englisch sollte man schon beherrschen, wenn man sich für die International School Hannover Region (ISHR) interessiert.¹⁸ Die Schule wurde im Jahr 1996 gegründet, so die ISHR-Homepage, „um der internationalen Gemeinschaft in Niedersachsen eine gute Bildungseinrichtung für ihre Kinder zu bieten“. Internationale Gemeinschaft – damit sind vor allem die Manager weltweit tätiger Unternehmen gemeint. Unterrichtet wird auf Englisch, Deutsch kommt ab Klasse 2 hinzu. Im Angebot ist „Japanisch als Muttersprache“. Zum Unterricht zählt auch „Community Service“ – ein Fach, „das die Schüler dazu anregt, sich für ihre Schule, ihre Gemeinde und ihre Stadt einzusetzen“.

Das Programm der ISHR reicht vom Kindergarten bis zur 12. Klasse. Der Lehrplan orientiert sich an den Richtlinien der Inter-

*International Schools –
2.500 Euro allein für die Anmeldegebühr...*

national Baccalaureate Organisation (IBO) mit Sitz in Genf. Wer nach der 12 die Abschlussprüfung schafft und damit das „International Baccalaureate Diploma“ erwirbt, habe die Zulassung zu den meisten Universitäten weltweit in der Tasche, so die ISHR. Derzeit besuchen über 440 Schüler aus etwa 30 Nationen die Schule.

So viel Exklusivität hat ihren Preis:¹⁹ Schon für die Anmeldegebühr („Admission Fee“) sind in Hannover 2.500 Euro hinzublättern. Der Platz im „Junior Kindergarten“ kostet 6.150 Euro pro Jahr. Wer sein Kind in Klasse 11 oder 12 schickt, zahlt 10.990 Euro pro Jahr. Die Abschlussprüfung („IB Examination and Graduation fee“) kostet 1.500 Euro.

In Deutschland haben rund 50 International Schools ihre Pforten geöffnet, in Berlin, Hamburg, Dresden oder München. Jüngster Spross ist die Internationale Friedensschule Köln, gelegen im Stadtteil Widdersdorf.²⁰ Sie startete im Schuljahr 2007/2008 mit 44 Grundschulern. Im Jahr 2014, so der Plan, sollen rund 1.000 Kinder und Jugendliche die Widdersdorfer Schule besuchen.²¹ Der Düsseldorfer Bauunternehmer Norbert Amand investierte laut Presse „Millionen Euro“ in das Projekt – „Zur Freude der Wirtschaft“, wie es in der Schlagzeile des Berichts heißt.²² Der Kölner Privatschule gelang es, eine bekannte Schulreformerin fürs schul-eigene Gründungsdirektorium zu gewinnen: Enja Riegel, langjährige Leiterin der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden, eine der erfolgreichsten öffentlichen Schulen Deutschlands.²³

Waldorfschulen – ein Fernsehfilm wagt Kritik²⁴

Viele Eltern begrüßen, dass es an Waldorfschulen weder Noten noch Sitzenbleiben gibt. Eine Selektion der Kinder nach Schulararten findet nicht statt. Sinnliches Lernen steht im Vordergrund. Doch Fernsehautor Dietrich Krauß lässt in seinem Film, ausgestrahlt vom SWR am 6. November 2006, auch Kritiker zu Wort kommen.²⁵ Die bemängeln, dass weiterhin die übersinnlichen Erkenntnisse Rudolf Steiners, des Begründers der Anthroposophie, den Unterricht prägen. Schüler würden systematisch unterfordert. Aussteiger berichten von teilweise sektenähnlichen Zuständen.²⁶ Der Bund der freien Waldorfschulen in Stuttgart widerspricht:²⁷ Es sei falsch, von „Weltanschauungsschulen“ zu sprechen. Laut einer Studie hätten ferner drei Viertel der befragten ehemaligen Waldorfschüler erklärt, dass sie von kompetenten Lehrern unterrichtet wurden. Zudem gingen von Waldorfschulen mehr als doppelt so viele Schüler mit allgemeiner Hochschulreife ab als von staatlichen Schulen. Der Run auf die anthroposophisch ausgerichteten Schulen ist derweil ungebrochen. 1990 gab es bundesweit 112 Waldorfschulen mit rund 50.000 Schülerinnen und Schülern. Derzeit sind es 208 Schulen mit über 80.000 Schülern – bei der Schülerzahl also ein Plus von 60 Prozent.²⁸ Waldorf-Lehrerinnen und –Lehrer müssen mit knappem Salär auskommen. Der Landesrechnungshof Schleswig-Holstein berichtete:²⁹ Lehrkräfte an Waldorfschulen verdienen „zwischen rund 9 Prozent und 21 Prozent“ weniger als eine „Gesamtschullehrkraft im Angestelltenverhältnis (BAT IIa)“.

Zuständig für die Hort-AGs an der Phorms-Schule, die „Extra-Curricular Activities“, ist Lehrerassistent Jonathan Walters. Der 39-Jährige kommt aus Wales. 15 Jahre arbeitete er für den britischen diplomatischen Dienst, unter anderem in China. Internationale Erfahrung hat auch Schulleiterin Celia Budge zu bieten. Die studierte Germanistin war in Hongkong und Dänemark tätig. Sie leitete Privatschulen in Schottland und in London. Erfahrungen sammelte Budge auch als Inspektorin für Privatschulen in England. Richard Hengelbrok, ebenfalls mit Leitungsaufgaben betraut, ist US-Amerikaner. Er unterrichtete zuvor an der International School in Düsseldorf.

Lehrerin Nina Pape hat einen ganz anderen Werdegang. Nach dem Referendariat in Berlin bekam sie keine Stelle. Einstellungsstopp. Anschließend ging sie nach Nordrhein-Westfalen, an eine ländliche Hauptschule. „Ich war zwei Jahre dort“, erzählt die 32-Jährige. Doch das Potenzial der jungen Kollegen wurde dort zuwenig genutzt, sagt sie. Nina Pape wurde krank. Sie kündigte. „Ich war menschlich enttäuscht, wie man mit mir umgegangen ist.“ Seit August 2006 unterrichtet sie an der Phorms-Schule.

Wie viel sie hier verdiene, wollen wir wissen. Einem Zeitungsbericht³⁰ zufolge liegen die Phorms-Lehrergehälter bis zu 15 Prozent unter dem Berliner Beamtentarif. Zum Ausgleich gebe es leistungsabhängige Boni bis zu 20 Prozent. Nina Pape gibt zu: „Ich verdiene geringfügig weniger.“ Das aber nehme sie gerne in Kauf. Sie ist zufrieden mit ihrer Arbeit. Und: „Ich habe endlich wieder ein Privatleben.“ Wegen des Ganztagsbetriebs „findet die gesamte Vorbereitungszeit in der Schule statt“. „Räume streichen mit den Eltern – solche Sachen fallen hier weg.“

Béa Beste berichtet, dass die Phorms-Macher zahlreiche Kontakte nutzen, um ihr Schulkonzept weiterzuentwickeln. Zum Pädagogen-Netzwerk gehört etwa Adèle Hodgson, inzwischen „School Development

Counsel“ bei der Phorms AG. Sie leitete zuvor die Marketingabteilung der Frankfurt International School.³³ Mit Phorms kooperiere, so Beste, auch Jürgen Frank, Leiter der Bildungsabteilung der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Als einflussreiche Ideengeberin darf man wohl auch Antonella Mei-Pochtler betrachten. Sie gehört zu den Phorms-Investoren. Die gebürtige Italienerin ist Seniorpartnerin der Unternehmensberatung Boston Consulting Group (BC). Dort organisierte sie unter anderem den BC-Schülerwettbewerb `business@school`³⁴ – als Chefin von Béa Beste, die lange bei BC arbeitete.

Mei-Pochtler ist gefragte Gesprächspartnerin der Presse. Das gibt ihr Gelegenheit, Begriffe und Denkmuster aus Marktwirtschaft und Wettbewerb in die Bildungsdiskussion einzuführen. Schon im Jahr 2002 sprach sie von der Schule als „geregeltem Marktplatz“.³⁵ Sie forderte die Bundesländer auf, „Ranglisten seiner Vorbildschulen“ aufzustellen. Den Dialog zwischen Eltern und Lehrern nannte Mei-Pochtler „einseitig“. Auch Unternehmen sollten sich hier beteiligen, ferner Kommunen und lokale Initiativen. 2006 erklärte sie: „Schulen müssen sich wie Hochschulen transformieren.“³⁶ Dass Boston Consulting im Bildungswesen auch eigene Interessen verfolgt, leugnete die Unternehmensberaterin nicht. BC sei „ein großer Nachfrager von Mitarbeitern und deshalb sehr an einer Bildungsreform interessiert“.³⁷

Derweil expandiert das Phorms-Projekt. Zu Beginn des Schuljahres 2007/2008 öffnete in Berlin der gymnasiale Zweig der Phorms-Schule. In Köln begrüßte der Leiter der neuen Phorms-Grundschule 44 Erstklässler. In Frankfurt am Main ging die Phorms-Grundschule mit rund 50 Mädchen und Jungen an den Start. Weitere Ableger in München, Hamburg und Hannover, meldet die Phorms-Zentrale, seien „im Aufbau“.³⁸

Sachsen: Privatschul-Boomland Nr. 1³¹

Familien wandern ab, Geburtenzahlen sinken – ein Problem besonders im Freistaat Sachsen. Weil Schüler fehlen, schlossen die sächsischen Behörden allein im Zeitraum von 2000 bis Ende 2005 591 öffentliche Schulen. Doch viele Eltern akzeptieren nicht, dass „ihre“ Schule dichtmacht. Um den Standort zu erhalten, gründen sie Schulen in privater Trägerschaft. Von 2000 bis 2005 entstanden auf diese Weise 39 neue allgemein bildende private Schulen – insgesamt wuchs die Zahl der Privatschulen um 54. Sachsens Kultusminister Steffen Flath (CDU) begrüßt, dass der Anteil der freien Schulen steigt. „Privatschulen haben sich wiederholt als Motor für Bildungsreformen erwiesen“, findet Flath. Wie fatal die Neugründungen mitunter wirken, beschreibt indes die Wirtschaftswoche.³² Neue private Schulen, so der Bericht, „luchsen benachbarten Staatsschulen Schüler ab.“ Was zur Folge habe, dass weitere öffentliche Schulen unter die vorgeschriebene Mindestschülerzahl fallen – „und dichtmachen müssen“.

2. Qualitätscheck: Private Schulen

Schulen in freier Trägerschaft unterrichten „häufig erfolgreicher als ihre staatlichen Pendant“.³⁹ Das behauptet der Privatschulverband VDP. Er beruft sich dabei auf eine Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) von März 2007.⁴⁰ Darin schreibt der Bildungsforscher Helmut E. Klein, dass die privaten Schulen beispielsweise in punkto Lesekompetenz besser abschneiden. Auch sei der Anteil der Schüler, die mit Abitur abgehen, höher als an vergleichbaren staatlichen Schulen.

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt eine Untersuchung von 2005, die von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Auftrag gegeben wurde.⁴¹ Die Qualität von Schulen in evangelischer Trägerschaft, so die Studie, sei „oft erkennbar besser als die im staatlichen Bildungswesen“.⁴² Das gelte etwa für das Leseverständnis. „Keine Unterschiede“ zu staatlichen Schulen zeigten sich hingegen „in den mathematischen Kompetenzen“.⁴³ Das räumt Annette Scheunpflug ein, Professorin an der Universität Erlangen-Nürnberg und Mitautorin der EKD-Studie. Die Analyse, betont die Evangelische Kirche, vergleiche Leistungen von Schülern, die aus einem ähnlichen Elternhaus kommen und ähnliche kognitive Merkmale (Denkfähigkeit, verbale Fähigkeiten) aufweisen.⁴⁴

Und warum sind Privatschulen, wie behauptet, oftmals besser?⁴⁵ Zur Begründung verweist die Literatur gerne auf die angebliche „größere Innovationsbereitschaft“ der Schule. Auch mache sich der höhere Autonomiegrad der Privatschulen bemerkbar. Es entstünden „Wertegemeinschaften“ und leistungsfördernde Lernmilieus, die sich positiv auf das Abschneiden der Schüler auswirkten.

Zu ganz anderen Ergebnissen kommt hingegen der Schulforscher Manfred Weiß aus Frankfurt am Main. „Keine signifikanten Leistungsunterschiede“ gebe es, wenn man private mit staatlichen Gymnasien vergleiche, urteilt der Bildungsfachmann aufgrund einer Studie aus dem Jahr 2006.⁴⁶ Allenfalls private Realschulen, so Weiß, erzielten geringfügig bessere Ergebnisse.⁴⁷

Die Studie von Manfred Weiß basiert auf Daten der deutschen Zusatzhebung zu PISA 2000 (PISA-E). Der Frankfurter Forscher verwertete Angaben von rund 1.500 Schulen, darunter 36 Privatschulen.⁴⁸

Köln: Deutsch-türkisches Privatgymnasium eröffnet

„Da kribbelt’s bei allen ein bisschen im Bauch“, zitiert wdr.de den frischgebackenen Schulrektor Gregor Hohmann van Haaren.⁴⁹ Er leitet das neue „Privatgymnasium Dialog“ in Köln-Buchheim – eine Ersatzschule, die ab der fünften Klasse neben Englisch auch Türkisch als zweite Fremdsprache anbietet. Für 37 Schülerinnen und Schüler, zumeist aus Migrantenfamilien, begann am 6. August 2007 der Unterricht. Träger des privaten Gymnasiums ist der Türkisch-Deutsche Akademische Bund e.V. (TDAB).⁵⁰ Seit zehn Jahren, berichtet wdr.de, biete der Bund interkulturelle Bildungsarbeit in Köln, „mit Sprachkursen, Nachhilfe, Hausaufgabenbetreuung“. Sechs der Lehrkräfte sind deutsch, eine Kollegin ist türkischstämmig. Das Schulgeld beträgt – inklusive Mittagessen und Nachmittagsbetreuung – 180 Euro im Monat. Der Akademische Bund will zu Toleranz, Demokratie und Pluralismus erziehen, so der Kölner Stadt-Anzeiger.⁵¹

Bildungsexperte Weiß verschweigt nicht, dass Schulen in freier Trägerschaft bei einigen Themen durchaus die Nase vorn haben.⁵² Beim Schulklima etwa erzielen Privatschulen „zum Teil“ günstigere Werte als ihre staatlichen Konkurrenten. Auffallend sei die „bessere Unterstützung durch den Lehrer im Deutschunterricht“. Auch falle der Anteil der Sitzenbleiber an Privatschulen geringer aus. Zudem äußerten Eltern häufiger, dass sie mit der Schule ihrer Kinder zufrieden sind, wenn Sohn oder Tochter eine private Schule besuchen.

Dies schlage sich nicht auf die Leistungen nieder, die PISA-E gemessen hat, erläutert Weiß. Zumindest dann nicht, wenn man die Unterschiede bei der sozialen Herkunft und bei den kognitiven Fähigkeiten berücksichtigt. Faktoren, die das schulische Abschneiden stark beeinflussen.

USA: Privatschulen nicht erfolgreicher

Private Schulen in den USA unterrichten nicht erfolgreicher als öffentliche Schulen. Dies ergab eine Studie, die das Education Department in Washington im Juli 2006 veröffentlichte.⁵³ Untersucht wurden Schülerleistungen beim Lesen und in Mathematik. Wie die Untersuchung zeigt, schneiden Mädchen und Jungen an staatlichen Schulen im Durchschnitt gleich gut oder besser ab als ihre Altersgenossen an Privatschulen. Weiteres Ergebnis: Achtklässler, die auf eine konservative christliche Schulen gehen, erzielen im Rechnen deutlich schlechtere Ergebnisse als Gleichaltrige an öffentlichen Schulen. Die US-Studie verglich im Jahr 2003 fast 7.000 öffentliche Schulen mit 530 privaten Bildungseinrichtungen.

USA:
Privatschulen nicht erfolgreicher

Denn in der Tat – an privaten Schulen trifft man häufig ein anderes Schülerklientel, fand der Frankfurter Forscher heraus.⁵⁴ Zwar liegt der Migrantenanteil an staatlichen und privaten Gymnasien gleichermaßen bei jeweils sieben Prozent. Betrachtet man hingegen Realschulen, fällt die Differenz ins Auge: Staatliche Realschulen kommen auf 14 Prozent Schülerinnen und Schüler mit ausländischen Eltern. An privat geführten Realschulen sind es lediglich acht Prozent. Ein Trend, den die EKD-Studie bestätigt: Größte Migrantengruppe an evangelischen Schulen bildeten evangelische Aussiedler.⁵⁵ Muslimische Schüler seien „wenig vertreten“.⁵⁶ Der Migrantenanteil insgesamt entspreche nicht dem staatlicher Schulen.⁵⁷

Auffallend auch: An Privatschulen lernen weitaus mehr Mädchen als an Schulen in öffentlicher Trägerschaft.⁵⁸ 67 Prozent sind es an privaten Gymnasien – gegenüber 55 Prozent an staatlichen Gymnasien. An privaten Realschulen liegt der Mädchenanteil sogar bei 71 Prozent – gegenüber 50 Prozent an staatlichen Realschulen.

Nun zum Leistungsvergleich von Manfred Weiß. Getestet wurden Lesekompetenz sowie das Abschneiden in Mathematik und in den Naturwissenschaften.

Ergebnis bei den Realschulen⁵⁹: Beim Lesen erzielen 15-jährige Privatschüler im Schnitt zunächst 21 Punkte mehr als ihre Altersgenossen an staatlichen Einrichtungen. Bei Mathe liegt der Leistungsvorsprung der Privaten bei 14 Punkten, bei den Naturwissenschaften sind es 24 Punkten.

Nun rechnet Manfred Weiß die soziale Herkunft und kognitive Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler heraus – und schon schmilzt der Leistungsvorsprung privater Realschulen zusammen.⁶⁰ Beim Lesen sind es nur noch sechs Punkte. In Mathe zwei Punkte, in den Naturwissenschaften zwölf Punkte. „Der in den Naturwissenschaften festgestellte Leistungsvorteil“, schränkt Weiß weiter ein, sei jedoch „nur für die Mädchen nachweisbar“.⁶¹

Stellt man also den Faktor der Schüler-Zusammensetzung in Rechnung, bleibt nur ein schwacher Leistungsvorsprung beim Lesen. Geht es um Mathe und um die Naturwissenschaften, so liegen die Mittelwerte der Schüler der staatlichen Gymnasien sogar höher als die der Schüler der privaten Gymnasien.

Zusammenfassend bescheinigt Manfred Weiß „insgesamt geringe Leistungsunterschiede“⁶² zwischen den 15-Jährigen. Der leichte Vorsprung der privaten Realschulen habe wenig mit der Trägerschaft zu tun, urteilt Bildungsforscher Weiß. Dies sei „im Wesentlichen auf das bessere Abschneiden der Mädchen zurückzuführen“.⁶³

Erstaunliche Ergebnisse. Woran liegt das? Will man wissen, wie sich Schülergruppen mit deutlichen Leistungsunterschieden herausbilden,

so ist die *Schulform* „von überragender Bedeutung“, schreibt Bildungsforscher Weiß.⁶⁴ Im Fach Mathe etwa erzielten Schüler an Gymnasien 49 Punkte mehr als Schüler an Hauptschulen. Die Selektion, hervorgerufen durch die Wahl der Schulform, ist also so groß, dass die Wahl der *Schulträgerschaft* kaum eine Rolle spielt. Anders formuliert: Der Graben, den die Bildungspolitik zuzuschütten hat, verläuft zwischen Hauptschule und Gymnasium – und nicht zwischen öffentlicher Schule und Privatschule. Manfred Weiß urteilt denn auch: Private Bildungsangebote auszubauen sei eine „wenig aussichtsreiche Strategie“, um die Schulmisere zu beseitigen.⁶⁵

Baden-Württemberg: Private berufliche Schulen legen zu

Europa-Sekretärin, Dolmetscherin, Marketing-Assistent, Gymnastiklehrer – wer einen dieser Berufe erlernen will, kommt an einer privaten beruflichen Schule kaum vorbei.⁶⁶ Denn so gut wie keine staatlichen Schulen bieten diese Ausbildungsgänge an. Auch angehende Erzieherinnen oder künftige Altenpfleger lernen häufig an einer privaten beruflichen Schule. Tendenz steigend, wie das Beispiel Baden-Württemberg zeigt. Dort gingen im Schuljahr 2006/2007 über neun Prozent aller jungen Frauen und Männer, die eine berufliche Schule besuchten, auf eine private Einrichtung.⁶⁷ Zehn Jahre zuvor lag der Anteil noch bei sechs Prozent. Diese Entwicklung, so das Statistische Landesamt in Stuttgart, „hängt möglicherweise damit zusammen, dass die Träger privater beruflicher Schulen rasch auf Veränderungen des Bildungsmarktes reagieren“.⁶⁸

Baden-Württemberg:
Private berufliche Schulen legen zu

Evangelikale Schulen: Evolutionslehre? Nein, Danke!

„Ich glaube nicht, dass der Mensch vom Affen entstanden ist“, sagt Inken, 18 Jahre alt.⁶⁹ „Ich glaube, dass wir von Gott geschaffen sind. Als Menschen und nicht als irgendwelche Bakterien, die sich entwickelt haben.“⁷⁰ Inken bezweifelt Darwins Lehre von der Evolution. Damit steht sie an ihrer Schule nicht allein. Die blonde junge Frau besucht eine evangelikale Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe in Bielefeld, die private Georg-Müller-Schule (GMS).⁷¹ Laut Schulprogramm erfolgt im Sachunterricht, etwa im Fach Biologie, „eine kritische Auseinandersetzung mit der Evolutionslehre“.⁷² Die Schule soll „die biblische Schöpfungslehre eindeutig vermitteln“.⁷³

Die GMS betreibt neben der Gesamtschule zwei Grundschulen in Bielefeld. Sie ist als Ersatzschule staatlich anerkannt. Die Bildungseinrichtung, so steht es im schuleigenen „Geistlichen Konzept“, werde „als christliche, an die Bibel gebundene Schule geführt“. Nach dem Verständnis der GMS folgt daraus:⁷⁴

- Wer hier als Lehrerin oder Lehrer unterrichten will, darf nicht homosexuell leben. Auch „vor- und außereheliche Beziehungen“ sind den Lehrkräften untersagt.
- Dem Trägerverein der Schule „dürfen nur bekehrte, wiedergeborene Christen (Joh.3,5) beitreten“.
- „Von liberaler Theologie und der Betrachtungsweise der historisch-kritischen Methode grenzen wir uns deutlich ab.“

Für Unterricht und Schulkonzept bedeutet dies laut Programm:⁷⁵

- In den Naturwissenschaften wird der Evolutionstheorie die biblische Schöpfungslehre gegenübergestellt – „unter Rückgriff auf Forschungsergebnisse kreationistischer Naturwissenschaftler“.
- Bei der Auswahl literarischer Texte „werden blasphemische und obszöne Texte vermieden“.
- Die Schule wird als Halbtagschule geführt, weil nach biblischen Maßstäben „Erziehung ganz wesentlich Recht und Aufgabe der Eltern ist“.

Die Bielefelder GMS berichtet von großem Zulauf, die Anmeldezahlen steigen. Deshalb plant der Trägerverein, das Angebot der Schule zu erweitern. Dazu will er ein leerstehendes Grundschulgebäude kaufen. Bielefelder Lokalpolitiker versuchten im Frühsommer 2007 vergeblich, dies zu verhindern. Klaus Rees, Geschäftsführer der Bielefelder Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen: „Wir kritisieren seit Jahren die Lehrinhalte und die christlich-fundamentalistische Ausrichtung der Georg-Müller-Schule“.⁷⁶ Deshalb lehne seine Fraktion auch künftig jede städtische Förderung der Schule ab. Der Bielefelder SPD-Landtagsabgeordnete Günter Garbrecht kündigte an, zur GMS eine Anfrage an die NRW-Landesregierung zu stellen.⁷⁷

Evangelikale Bekenntnisschulen seien „Oasen in der Bildungslandschaft“.⁷⁸ Das verkündet derweil Rolf Hille, Vorstandsmittglied der Evangelischen Allianz, dem Dachverband der rund 1,3 Millionen Evangelikalen in Deutschland. Mit ihrer „Pädagogik auf christlicher Grundlage“, betont Hille, unterscheiden sie sich von vielen anderen Schulen, in denen „über Gewaltbereitschaft,

Drogen- und Alkoholmissbrauch bei Schülern sowie über häufig frustrierte Lehrer geklagt wird“.⁷⁹

In Stuttgart bezog die dortige Freie Evangelische Schule jüngst einen 13 Millionen Euro teuren Neubau. Der Bau sei eine „herausragende Investition in die Zukunftsfähigkeit“ der Landeshauptstadt, lobte Stuttgarts Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU).⁸⁰ Die Weitergabe christlicher Werte, so der OB, sei wichtig, damit sich Heranwachsende später auf dem Supermarkt der Weltanschauungen zurechtfinden können. Laut Evangelischer Allianz gibt es bundesweit derzeit rund 70 evangelikale Bekenntnisschulen mit knapp 25.000 Schülerinnen und Schülern.⁸¹

In Sachen Evolutionslehre widersprechen Amtsträger der evangelischen Landeskirchen hingegen ihren Glaubensbrüdern aus dem evangelikalen Lager.⁸² „Unsachgemäß“ sei es, „kreationistische Weltdeutungsversuche“ für den Unterricht zu übernehmen. Das betont die Darmstädter Oberkirchenrätin Cordelia Kopsch. Dies, so Kopsch, gelte nicht nur für Biologie, sondern auch für das Fach Evangelische Religion. Denn die biblische Schöpfungslehre sei „keine wissenschaftliche Theorie“, sondern die „Deutung von Grund und Ziel des Lebens aus der Perspektive des jüdischen und christlichen Glaubens“. Bleibe man jedoch auf dieser Grundlage, spreche nichts dagegen, die Schöpfungsgeschichte „auch in fächerübergreifenden Projekten“ einzusetzen. Zuvor hatte Hessens Kultusministerin Karin Wolff (CDU) vorgeschlagen, im Biologieunterricht die biblische Schöpfungsgeschichte zu behandeln. Auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) widerspricht Karin Wolff. „Die Schöpfungslehre eignet sich nicht zur Beschreibung der Evolution“, das erklärt Professor Jörg Hinrich Hacker, DFG-Vizepräsident und Molekularbiologe.⁸³

3. Privatschullobby fordert mehr Geld vom Staat

Die Privatschullobby versucht derzeit mit Macht, mehr Geld von der öffentlichen Hand zu bekommen. Schulen in freier Trägerschaft hängen „finanziell an der kurzen Leine“, beklagt der Pressedienst des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW).⁸⁴ Schulen in freier Trägerschaft, so der Privatschulverband VDP, erhielten jährlich pro Schüler „im Schnitt rund 2.800 Euro weniger Mittel vom Staat“ als ihre öffentlichen Konkurrenten. „Unterfinanzierung“ der Schulen in freier Trägerschaft sei die Folge. Die fehlenden Mittel, klagt der Lobbyverein, müssten durch „Selbstausschöpfung“ ausgeglichen werden – durch Mehrarbeit der Mitarbeiter, durch Sparen bei der Ausstattung und durch Eigenleistungen der Eltern. Auch sitzen in einer Klasse mitunter mehr Schüler als an staatlichen Schulen.⁸⁵ Der Privatschulverband fordert daher die Länder auf, „die Rahmenbedingungen für Schulen in freier Trägerschaft zu verbessern“ – damit „endlich ein fairer Wettbewerb mit den staatlichen Schulen möglich wird“.⁸⁶

Opus Dei plant Jungengymnasium in Potsdam

Noch hält Brandenburgs Bildungsminister Holger Rupprecht (SPD) stand. Er stemmt sich gegen den Plan der umstrittenen, erzkatholischen Organisation Opus Dei, in Potsdam ein Jungengymnasium zu errichten.⁸⁷ Dieser Plan, so Rupprecht, widerspreche dem gesetzlichen Koeduktionsgrundsatz, der im Land Brandenburg gelte.⁸⁸ Jungen und Mädchen seien gemeinsam zu unterrichten. Doch „Experten halten die Entscheidung des Ministers für fragwürdig“, schreibt die Berliner Zeitung am 4. Mai 2007.⁸⁹ „Das Koeduktionsgebot im Landesgesetz gilt nicht für Privatschulen“, zitiert das Blatt den Rechtsprofessor Ulrich Häde von der Europa Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Ähnlich sieht das der Pri-

vatschulverband VDP. Dessen Bundesgeschäftsführer Christian Lucas rät der Elterninitiative, vor Gericht zu ziehen.⁹⁰ Christoph Rüssel, Opus Dei-Mitglied⁹¹ und Sprecher der Elterninitiative „Freie Schule Brandenburg“, kündigte laut Zeitungsberichten eine Klage vor dem Potsdamer Verwaltungsgericht an.⁹² Opus Dei sieht sich als „internationale Seelsorgeorganisation der katholischen Kirche“.⁹³ Kritiker sprechen von sektenähnlichen Strukturen, obskuren Bußpraktiken und intransparentem Finanzgebaren.⁹⁴

Einige Bundesländer geben dem Druck bereits nach. So verkündete Hessens Kultusministerin Karin Wolff (CDU) im September 2006: „Die Landesregierung will die Zuschüsse an die Privatschulen um rund zehn Millionen Euro jährlich erhöhen.“⁹⁵ Ihr niedersächsischer Ministerkollege Bernd Busemann (CDU) versprach ebenfalls, die Landesmittel zugunsten privater und kirchlicher Schulen aufzustocken – um „etwa 10,5 Millionen Euro je Schuljahr“.⁹⁶ Auch Sachsens Kultusminister Steffen Flath (CDU) schüttet ein Füllhorn aus. Bislang flossen 198 Millionen Euro aus dem Staatssäckel an die Privatschulen des Landes. Im Jahr 2007 steigt der Betrag auf 211 Millionen Euro.⁹⁷ Im Jahr darauf sieht der Landeshaushalt sogar 223 Millionen Euro vor.

Doch das ist wirtschaftsnahen Bildungsfachleuten nicht genug. Sie fordern, dass der Staat zusätzlich mindestens 870 Millionen Euro pro Jahr an Schulen in freier Trägerschaft zahlt.⁹⁸ Erst dann, so argumentiert etwa Helmut E. Klein vom Institut der deutschen Wirtschaft, würden private Schulen den staatlichen bei der Finanzierung gleichgestellt.

Klein geht noch weiter: Er verlangt Bildungsgutscheine⁹⁹ für den Schulbesuch. Der Gutschein berechtigt Eltern, ihre Kinder wahlweise an einer öffentlichen oder privaten Einrichtung anzumelden. Ent-

scheiden sie sich für die Privatschule, entstehen keine weiteren Kosten. Der Gutschein deckt das Schulgeld ab. Hohe Anmeldezahlen bedeuten in diesem System hohe Einnahmen – das Geld folgt den Gutscheinen. Wie öffentliche und private Schulen dann ihre Einnahmen verwenden, sollen sie selbst entscheiden, so Klein. Und damit der einzelnen Schule möglichst viel finanzieller Spielraum bleibt, will Helmut E. Klein ran an die Lehrervergütungen. „Eine Reform des Besoldungsrechts ergibt sich zwingend.“

Bildungsgutscheine und Schulautonomie

In die selbe Kerbe schlägt der Aktionsrat Bildung, der von der Bayerischen Wirtschaft finanziert wird.¹⁰⁰ In seinem Jahresgutachten 2007¹⁰¹ verlangt er nicht nur Bildungsgutscheine und „Schulautonomie“. Er will für Lehrkräfte „leistungs- und belastungsbezogene Besoldung“. Der Aktionsrat fordert zudem, Lehrkräfte zu Zeitarbeitern umzumodeln: „Die Lehrlizenz für pädagogisches Personal ist grundsätzlich befristet“. Wer sie behalten wolle, müsse an „Personalentwicklungsmaßnahmen“ mit Erfolg teilnehmen. Schlagzeilen produzierte der Aktionsrat vor allem mit seiner Forderung, *alle* Schulen in eine private Trägerschaft zu überführen. Wobei der Staat weiterhin für die Finanzierung zuständig zu sein hat.

Zum Aktionsrat Bildung gehören namhafte Professoren. Etwa Ludger Wössmann, Bildungsökonom in München. Oder Dieter Lenzen, Präsident der Freien Universität Berlin. Mit dabei ist Detlef Müller-Böling, Chef des von der Bertelsmann-Stiftung finanzierten Zentrums für Hochschulentwicklung (CHE)¹⁰². Doch deren Rundumschlag widersprach selbst Nordrhein-Westfalens Schulministerin Barbara Sommer (CDU).¹⁰³ „Unrealistisch“ nannte sie die Idee, alle staatliche Schulen in private Trägerschaft zu überführen. „Völlig unvorstellbar“ sei es, Lehrer nur noch mit Zeitverträgen auszustatten.

Homeschooling: Wenn Schule als Teufelszeug gilt

Als „segensreiche Zeit“ bezeichnet Elvira Block die 13 Tage, die sie in der Justizvollzugsanstalt Gelsenkirchen verbringen musste.¹⁰⁴ Sie habe hinter Gittern zahlreiche Gespräche über den christlichen Glauben mit anderen Häftlingen führen können, erzählt die neunfache Mutter. Elvira Block gehört zu einer Gruppe von russlanddeutschen Baptisten in Paderborn. Sie musste in den Knast, weil sie sich geweigert hatte, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Zuvor war die strenggläubige Christin mit ihrem Mann zu einem Bußgeld verurteilt worden. Doch das Ehepaar hatte es abgelehnt, zu zahlen.

Elvira Block gehört zu den so genannten Schulverweigerern. Viele von ihnen berufen sich auf die Bibel. „Böser Verkehr verdirbt gute Sitten“, zitieren sie etwa 1. Korinther, Kapitel 15.¹⁰⁵ Auch andere Bibelstellen fordern angeblich dazu auf, „sich von den Gesetzlosen abzuwenden und keine Gemeinschaft mit ihnen zu haben“. So die Philadelphia-Schule, ein Verein mit Sitz in Siegen. Gegründet von Helmut Stücher, Vater von elf Kindern,¹⁰⁶ propagiert der Verein die bibeltreue Heimschule. Gemeint ist Unterricht zu Hause, außerhalb von staatlichen oder privaten Schulen.

Und warum? Weil an Schulen „raffiniert angelegte Verführung“ drohe. Die Schulreform der 1970er Jahre, so die Bibeltreuen aus dem Siegerland, führte zu einer „Kulturrevolution, insbesondere der sexuellen Revolution, mit dem Ziel einer neuen Gesellschaft ohne Sittlichkeit und Moral“.¹⁰⁷ Kinder aber bräuchten „gottesfürchtige Erzieher“. Die christliche Heimschule will bis zum Haupt- oder Realschulabschluss führen. Den Unterricht übernimmt in der Regel die Mutter – „sie ist die beste Pädagogin“.¹⁰⁸

Dabei leisten die Aktivisten der Philadelphia-Schule Unterstützung. Sie kümmern sich um Lehrmaterialien für die Klassen 1 bis 10, um Fachlehrerbetreuung, organisieren Seminare und Bildungswochen.

Neben radikalen Christen gehören alternativ lebende Eltern und Verfechter von Liberalisierung und Kinderrechten zu den Schulverweigerern. Sie behaupten, Unterricht zu Hause erlaube Kindern, sich freier zu entfalten.

Homeschooling ist in Deutschland verboten. Die Gesetze der Bundesländer schreiben die Schulpflicht vor. Allerdings können die Behörden in den meisten Bundesländern Ausnahmegenehmigungen erteilen. Doch in der Regel gilt: Wenn Eltern gegen die Schulpflicht verstoßen, drohen Bußgelder, Pfändungen oder Beugehaft. Ein „totalitäres Relikt“¹⁰⁹, schimpfen die Befürworter der Schule zuhause. Sie fordern, den Unterricht in den eigenen vier Wänden zu legalisieren. Es gelte, die Schulpflicht durch eine „Bildungspflicht“ zu ersetzen – damit Homeschooling „eine Möglichkeit mehr in einem freien Bildungsmarkt“ sein könne.¹¹⁰

Die Heimschullobby beruft sich auf den UN-Sonderberichterstatler für Bildungsfragen Vernor Munoz. Der habe im März 2007, nach seinem Deutschland-Besuch, plädiert, Homeschooling zuzulassen.¹¹¹ Marianne Demmer, stellvertretende GEW-Vorsitzende, korrigiert diese Aussage.¹¹² Munoz habe in seinem Deutschland-Report ausdrücklich betont, er sei „ein Verfechter der unentgeltlichen und obligatorischen öffentlichen Schule“. Homeschooling käme lediglich „unter gewissen Umständen“ in Betracht, die sich am Wohl des Kindes orientieren müssten.

Laut Schätzungen sind es in den USA zwischen 1,1 und zwei Millionen Kinder, die daheim ihr Klassenzimmer haben. In Frankreich werden rund 20.000 Kinder zu Hause unterrichtet. Trotz des Verbotes werden in Deutschland 3.000 bis 4.000 Schüler zu Hause unterrichtet. Das schätzt Jan Edel, Vorstand im Lüdenscheider Verein Schulbildung in Familieninitiative. Der Marburger Soziologe Thomas Spiegler, der sich wissenschaftlich mit Heimschulen beschäftigt, spricht von 600 bis 700 Kindern. Amtliche Zahlen gibt es nicht.

Was die GEW fordert

Es sei zwar unstrittig, dass private Schulen oft wichtige Anstöße für die Entwicklung des Bildungswesens leisteten, erklärt die Stellvertretende Vorsitzende der GEW, Marianne Demmer. Doch dürfe man sie auch nicht überschätzen. Statt sich die Illusion zu machen, dass die Privaten grundsätzlich besser seien, empfiehlt sie den Eltern, ihre Kinder in die öffentlichen Schulen zu schicken und sich dort zu engagieren. „Viele innovative Schulen beweisen, dass man keine freien Träger braucht, um gute Schule für alle Kinder zu machen“, betont Schulexpertin Demmer. Sie nennt als Beispiel die Helene-Lange-Schule in Wiesbaden und die Laborschule in Bielefeld, stellvertretend für viele andere gute öffentliche Schulen.¹¹³ „Entscheidend sind das richtige Konzept, motivierte Lehrkräfte sowie gute Lern- und Lehrbedingungen.“ Die öffentlichen Schulen müssen so stark gemacht werden, das staatliche System müsse so gut sein, „dass Eltern ihre Kinder unbesorgt zur nächsten staatlichen Schule schicken können.“

Mit dem derzeitigen Anteil von etwa sechs Prozent „kann man leben“, urteilt die GEW-Vize. Einen weiteren Ausbau des privaten Schulwesens lehnt die GEW ab. Diese Entwicklung verstärke nur die „extreme Spaltung des Schulwesens in Deutschland“, erklärt Demmer.¹¹⁴

Und: Profitorientierte Aktiengesellschaften wie Phorms als Schulbetreiber, das dürfe nicht Schule machen. „Trotz seiner Defizite hat das öffentliche Schulwesen einen hohen gesellschaftlichen Wert, so hoch, dass wir es nicht an die Börse entlassen sollten.“

Quellen

- 1 Deutsche Eltern lieben Privatschulen, in: Financial Times Deutschland, 28.12.2006
- 2 Jeder 14. Schüler besucht Privatschule, Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 28.12.2006
- 3 Deutsche Eltern lieben Privatschulen, in: Financial Times Deutschland, 28.12.2006
- 4 Jeder 14. Schüler besucht Privatschule, Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 28.12.2006
- 5 http://www.privatschulen.de/index.php?option=com_content&task=view&id=31&Itemid=53#11
- 6 Claudia Standfest, Olaf Köller, Annette Scheunpflug, leben – lernen – glauben. Zur Qualität evangelischer Schulen. Eine empirische Untersuchung über die Leistungsfähigkeit von Schulen in evangelischer Trägerschaft, Münster 2005, Seite 26
- 7 Zum Folgenden siehe: Jeder 14. Schüler besucht Privatschule, Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 28.12.2006
- 8 Daten der OECD, zitiert nach: Helmut E.Klein, Privatschulen in Deutschland. Regulierung – Finanzierung – Wettbewerb, IW-Analysen Nr. 25, Köln 2007, Seite 29
- 9 Der neue Klassenkampf, Wirtschaftswoche, 6.8.2007
- 10 Ebenda
- 11 Daten der OECD, zitiert nach: Helmut E.Klein, Privatschulen in Deutschland, a.a.O., Seite 29
- 12 <http://www.phorms.de/>
- 13 http://www.privatschulen.de/index.php?option=com_content&task=view&id=31&Itemid=53#3
- 14 Manfred Weiß, Gibt es einen Privatschuleffekt? Ergebnisse eines Schulleistungsvergleichs auf der Basis von Daten aus PISA-E, erschienen in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge Band 313, Evidenzbasierte Bildungspolitik: Beiträge der Bildungsökonomie, 2006, Seite 58
- 15 Ebenda, Seite 57
- 16 http://www.privatschulen.de/index.php?option=com_content&task=view&id=31&Itemid=53#5

-
- 17 http://www.eltern.de/forfamily/schule_erziehung/schule/Privatschule_Schulgeld.html
 - 18 Zum Folgenden siehe: <http://www.is-hr.de/index.php?id=21>
 - 19 Zum Folgenden siehe: <http://www.is-hr.de/index.php?id=40>
 - 20 <http://www.if-koeln.de/>
 - 21 Suska Döpp, Eine Schule für Weltbürger: http://www.wdr.de/radio/schulportal2007/schulwelt_hautnah/archiv/friedensschule/index.phtml
 - 22 Kirsten Boldt, Zur Freude der Wirtschaft, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 20.2.2007
 - 23 <http://www.if-koeln.de/de/node/148>
 - 24 <http://www2.hu-berlin.de/gkgeschlecht/anthro.php#oben>
 - 25 <http://www.presseportal.de/text/story.htx?nr=894332&firmaid=7169>
 - 26 Zur Kritik an Waldorfschulen siehe auch: <http://www2.hu-berlin.de/gkgeschlecht/anthro.php#oben>
 - 27 Zum Folgenden siehe: <http://www.waldorfschule.info/index.19.0.1.html>
 - 28 <http://www.waldorfschule.info/index.19.267.1.html>
 - 29 Bemerkungen 2004 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2002, Kiel, 30.März 2004, Seite 276
 - 30 Nikolaus Röttger, Wachstum schiebchenweise. Die Phorms Management AG expandiert und gründet drei neue Schulen, Financial Times Deutschland, 6.6.2007
 - 31 zum Folgenden: Pressemitteilung des Sächsischen Kultusministeriums vom 9.12.2005
 - 32 Der neue Klassenkampf, Wirtschaftswoche 6.8.2007
 - 33 Siehe Phorms-Newsletter Juni/Juli 2007, zum Herunterladen unter: <http://www.schulen.phorms.de/?id=1377>
 - 34 Siehe Privatisierungsreport Nr. 3, Kapitel über Schülerfirmen
 - 35 Zum Folgenden siehe: „Schule experimentiert zu wenig“. Interview von Udo Löffler mit Antonella Mei-Pochtler, veröffentlicht am 17.1.2002 auf Bildung PLUS: http://bildungplus.forum-bildung.de/templates/imfokus_inhalt.php?artid=100
 - 36 <http://www.seminarspiegel.de/a55/bildung-eine-dienstleistung-mit-guten-exportchancen.html>

-
- 37 „Schule experimentiert zu wenig“. Interview von Udo Löffler mit Antonella Meipochtler, veröffentlicht am 17.1.2002 auf Bildung PLUS: http://bildungplus.forumbildung.de/templates/imfokus_inhalt.php?artid=100
 - 38 Phorms-Newsletter Juni/Juli 2007, zum Herunterladen unter: <http://www.schulen.phorms.de/?id=1377>
 - 39 Privatschulen trotz guter Arbeit vom Staat oft benachteiligt, Pressemitteilung des VDP vom 5.3.2007
 - 40 Helmut E. Klein, Privatschulen in Deutschland – Regulierung – Finanzierung – Wettbewerb, IW-Analysen Nr. 25, Köln 2007
 - 41 Claudia Standfest, Olaf Köller, Annette Scheunpflug, leben – lernen – glauben. Zur Qualität evangelischer Schulen. Eine empirische Untersuchung über die Leistungsfähigkeit von Schulen in evangelischer Trägerschaft, Münster 2005
 - 42 Evangelische Schulen oft über dem Durchschnitt, Pressemitteilung der EKD vom 1.6.2005
 - 43 Annette Scheunpflug, Evangelische Schulen – die besseren Bildungseinrichtungen, Pressemitteilung der EKD vom 1.Juni 2005
 - 44 Evangelische Schulen oft über dem Durchschnitt, Pressemitteilung der EKD vom 1.6.2005
 - 45 Zum Folgenden siehe: Manfred Weiß, Gibt es einen Privatschuleffekt?
 - 46 Manfred Weiß, Gibt es einen Privatschuleffekt?, Seite 69, vgl. auch Seite 64
 - 47 Ebenda, Seite 69
 - 48 Ebenda, Seite 58
 - 49 Zum Folgenden siehe: Mit Türkisch zum Abitur. Privatgymnasium Dialog will Beitrag zur Integration leisten: http://www.wdr.de/radio/schulportal2007/schulwelt_hautnah/archiv/privatgymnasium_dialog/index.phtml
 - 50 <http://www.dialog-koeln.de/>
 - 51 Helmut Frangenberg, Deutsch-türkisches Gymnasium kann starten, Kölner Stadt-Anzeiger, 24.5.2007
 - 52 Ebenda, Seite 67f
 - 53 Amerikanische Schulen: Private nicht besser: <http://bildungsklick.de/a/30973/amerikanische-schulen-private-nicht-besser/>
 - 54 Manfred Weiß, Gibt es einen Privatschuleffekt?, Seite 60f

-
- 55 Claudia Standfest, Olaf Köller, Annette Scheunpflug, leben – lernen – glauben. Zur Qualität evangelischer Schulen, Seite 180
- 56 Ebenda, Seite 89
- 57 Ebenda, Seite 180
- 58 Manfred Weiß, Gibt es einen Privatschuleffekt?, Seite 60f
- 59 Ebenda, Seite 62f
- 60 Ebenda, Seite 62f
- 61 Ebenda, Seite 62
- 62 Ebenda, Seite 64
- 63 Ebenda, Seite 69
- 64 Manfred Weiß, Gibt es einen Privatschuleffekt?, Seite 64
- 65 Ebenda, Seite 69
- 66 Rainer Wolf, Private berufliche Schulen in Baden-Württemberg, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2005: <http://www.statistik-bw.de/Veroeffentl/Monatshefte/essay.asp?xYear=2005&xMonth=08&eNr=03>
- 67 <http://bildungsklick.de/pm/51677/jeder-elfte-schueler-besucht-eine-private-berufliche-schule>
- 68 Ebenda
- 69 zitiert nach: Julia Friedrichs, Gottes strenge Kinder, ausgestrahlt im WDR-Fernsehen, Sendung „Echtzeit“, am 25.6.2007
- 70 Ebenda
- 71 <http://www.gms-net.de/>
- 72 „Geistliches und pädagogisches Konzept“ der GMS: http://www.gms-net.de/gesamt/html/body_konzept.htm
- 73 Ebenda
- 74 Ebenda
- 75 Ebenda
- 76 Pressemitteilung der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Bielefeld vom 26.6.2007: http://www.gruene-bielefeld.de/ratsfraktion/presse/260607_gruene_zu_ehemaliger_grundheider_schule/index.html

-
- 77 Pressemitteilung der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Bielefeld vom 26.6.2007
- 78 Pressemitteilung der Deutschen Evangelischen Allianz vom 24.3.2007:
<http://www.ead.de/aktuell/index.php3?id=1786>
- 79 Ebenda
- 80 Ebenda
- 81 Ebenda; siehe auch: Verband Evangelischer Bekenntnisschulen:
<http://www.vebs-online.de>
- 82 Zum Folgenden: EKHN warnt vor Übernahme des Kreationismus:
[http://www.idea.de/index.php?id=343&tx_ttnews\[tt_news\]=55791&tx_ttnews\[backPid\]=24&cHash=56fa53aa8c](http://www.idea.de/index.php?id=343&tx_ttnews[tt_news]=55791&tx_ttnews[backPid]=24&cHash=56fa53aa8c)
- 83 DFG: Keine Schöpfungslehre im Biologieunterricht, Pressemitteilung Nr.39 der DFG vom 4.7. 2007
- 84 Privatschulen – Finanziell an der kurzen Leine, in: iwd, Nr. 10, 8.3.2007
- 85 vgl. Manfred Weiß, Gibt es einen Privatschuleffekt?, Seite 67
- 86 Privatschulen trotz guter Arbeit vom Staat oft benachteiligt, Pressemitteilung des VDP vom 5.3.2007
- 87 Martin Klesmann, Land lehnt Opus-Dei-Pläne für Schule ab, Berliner Zeitung vom 4.5.2007
- 88 Pressemitteilung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg vom 2.5.2007
<http://www.mbj.s.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb2.c.408388.de>
- 89 Martin Klesmann, Land lehnt Opus-Dei-Pläne für Schule ab, a. a. O.
- 90 Gute Chancen für Schule von Opus Dei, in: Tagesspiegel, 21.1.12007
- 91 <http://de.opusdei.org/art.php?p=15105>
- 92 Martin Klesmann, Land lehnt Opus-Dei-Pläne für Schule ab, a. a. O.
- 93 <http://de.opusdei.org/sec.php?s=7>
- 94 Opus Dei erhält Schulverbot, in: Focus Online, 2.5.2007
- 95 Pressemitteilung des hessischen Kultusministeriums vom 22.5.2006:
<http://www.hessisches-kultusministerium.de>
- 96 Busemann: „Kirchliche Schulen bereichern das Schulsystem“, Pressemitteilung des Niedersächsischen Kultusministeriums vom 16.5.2007

-
- 97 Pressemitteilung des sächsischen Kultusministeriums vom 12.12.2006:
<http://www.sachsen-macht-schule.de/schule/5771.htm?pmid=931>
- 98 Zum Folgenden siehe: Helmut E. Klein, Privatschulen in Deutschland, Seite 67
- 99 zu Bildungsgutscheinen siehe: Privatisierungsreport Nr. 4, Seite 41f
- 100 <http://www.aktionsrat-bildung.de/>
- 101 Ebenda, siehe vor allem Seiten 153 bis 155
- 102 Zum CHE siehe auch: Privatisierungsreport Nr. 2, Seite 21
- 103 Pressemitteilung des NRW-Schulministeriums vom 8.3.2007: http://www.bildungsportal.nrw.de/BP/Aktuelles/aeltere_Meldungen/Masterplan/index.html
- 104 Gefängnisstrafe war eine „segensreiche Zeit“, Bericht der Nachrichtenagentur idea, 9.7.2007, vgl. Schulunterricht zu Hause, ideaSpektrum 25/2007
- 105 Zum Folgenden siehe: <http://www.philadelphia-schule.de/html/vorteile2.html>
- 106 Ist Gott heute aus der Schule verbannt worden? in: IdeaSpektrum, 27/2007, Seite 15
- 107 http://www.philadelphia-schule.de/html/wir_uber_uns.html
- 108 Ebenda
- 109 So zu lesen auf: <http://www.homeschooling.de/> unter Forderungen
- 110 Ebenda
- 111 <http://www.homeschooling.de/>, unter: ◊Homeschooling im UN-Bericht“
- 112 Zitiert nach: Marianne Demmer, Homeschooling – Informationen, unveröffentlichtes Manuskript, Mai 2007
- 113 Mein Kind lebt nur einmal“, Interview mit Marianne Demmer, in: Süddeutsche Zeitung, 14.10.2004
- 114 Pressemitteilung der GEW vom 22.11.2006: http://www.gew.de/GEW_Leistung_der_Privatschulen_im_Schnitt_nicht_besser_als_die_der_staatlichen.html



**Private Nachhilfeeinstitute:
„Ideale Partner“ der staatlichen
Schulen?**





Private Nachhilfeinstitute: „Ideale Partner“ der staatlichen Schulen?

Nachhilfe, angeboten im privaten Wohnzimmer von Oberschülerinnen und pensionierten Studienräten – das war gestern. Heute holen sich kommerzielle Institute immer größere Stücke vom Nachhilfekuchen. Wohlorganisiert, mit finanzstarken Unternehmen im Rücken, streben sie an, Teil des öffentlichen Schulwesens zu werden.

I. Prächtige Aussichten: Boom auf dem Nachhilfemarkt

Nein, Bescheidenheit lässt sich der Nachhilfebranche nicht vorwerfen. Man Sorge dafür, tönt der Bundesverband Nachhilfe- und Nachmittagschulen (VNN e.V.), dass „rund 50.000 Schülerinnen und Schüler“ jedes Jahr die Versetzung schaffen.¹ Das entlaste die öffentlichen Haushalte. „Schließlich“, erklärt der Lobbyverband mit Sitz im niederbayerischen Falkenberg, „binden die Sitzenbleiber rund 16.000 Lehrerstellen“. Die Ersparnis allein durch die Mitglieder des VNN „beläuft sich auf rund 240 Millionen Euro – Jahr für Jahr“.

Geschätzte zwei Milliarden Euro jährlich geben Deutschlands Eltern für Nachhilfe aus.² Sie schicken ihre Sprösslinge zu Oberschülern, Studenten, pensionierten Studienrätinnen oder arbeitslosen Pädagogen. Allein in Berlin bieten mindestens 3.000 Personen regelmäßig Nachhilfe, berichtet die Mitgliederzeitung der Berliner GEW.³ Die privaten Nachhilfelehrer decken bundesweit drei Viertel des Marktes ab.⁴ Um das übrige Viertel konkurrieren Unternehmen – allen voran die Studienkreis GmbH mit Sitz in Bochum und die ZGS Schülerhilfe GmbH in Gelsenkirchen. Beide Firmen zusammen betreiben rund 2.000 der bundesweit 3.000 Nachhilfeinstitute.

Interesse am deutschen Markt

Inzwischen versucht das französische Unternehmen Acadomia, auf dem deutschen Markt Fuß zu fassen. Acadomia hat sich auf Nachhilfe zu Hause spezialisiert.⁵ Auch die Sprachschule Berlitz, Tochter des japanischen Bildungsdienstleistungskonzerns Benesse Corporation⁶, will ins Geschäft einsteigen. Ferner gibt es kleinere Anbieter wie das Lernstudio Barbarossa, Lernwerk, Abacus oder Intellego.⁷

Was die Institute für den Gruppenunterricht verlangen, schwankt zwischen sieben und 32 Euro je Doppelstunde (90 Minuten).⁸ Wer Einzelunterricht bucht, zahlt pro Doppelstunde etwa 16 bis 64 Euro.⁹ Wie viel ihre Lehrkräfte verdienen, darüber geben Schülerhilfe und Studienkreis keine Auskunft.¹⁰ Das sei regional verschieden, erklären beide Unternehmen. Laut Mitgliederzeitschrift der Berliner GEW erhalten die Beschäftigten der Nachhilfeketten zwischen fünf und zehn Euro Honorar je 45 Minuten Unterricht.¹¹

Tchibo: Nachhilfe als Sonderangebot der Woche

Die Studienkreis GmbH bedient sich schon mal ungewöhnlicher Vertriebswege – und kommt damit bundesweit in die Schlagzeilen. „Tchibo handelt jetzt auch mit Nachhilfe“, titelte die taz am 27. Februar 2007.¹² Zwischen Duschköpfen und Bettwäsche bot der Discounter Gutscheine zum Kauf: Ein Monat Nachhilfe in Mathe, Englisch oder Deutsch – statt für knappe 200 Euro für 49,90 Euro. Als „Schnupperangebot“ sei das gedacht, zitiert die taz eine Sprecherin des Studienkreises. Marianne Demmer, stellvertretende Vorsitzende der GEW, hält dies hingegen für ein unseriöses Lockangebot. Nachhilfe funktioniere in der Regel nur, wenn sie längerfristig angelegt ist. „Mit dem Angebot werden Leute geködert, die sich vom günstigen Preis einfangen lassen und nicht darüber nachdenken, ob sie das weiterbezahlen können.“¹³

2. Reformimpuls oder neue Bildungsungleichheit?

„Jeder vierte Jugendliche hat bis zum Alter von 17 Jahren bereits einmal privat bezahlten Zusatzunterricht erhalten.“ Das berichtet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Oktober 2004.¹⁴ Beispiel Hamburg:¹⁵

32,4 Prozent der Schülerinnen und Schüler nehmen im Verlauf von Klasse 5 und 6 privaten Nachhilfeunterricht in Anspruch. 17,7 Prozent erhalten Hilfe in Deutsch, Mathematik oder Englisch. 8,4 Prozent sind gar in zwei Fächern so schwach, dass sie außerschulische Hilfe suchen. Dies ergab eine Auswertung der Hamburger Studie „Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern – Jahrgangsstufe 7“ (KESS7).

„Erschreckend“ seien die Hamburger Zahlen, so Christa Goetsch, Fraktionsvorsitzende der Grün-Alternativen Liste (GAL) in Hamburg.¹⁶ „Dieser hohe Anteil kann nicht zufrieden stellen“, zitiert Die Welt Alexander Luckow, den Sprecher der Hamburger Bildungsbehörde.¹⁷

Die Wirtschaftsforscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) entdeckten beim privaten Zusatzunterricht ein West-Ost-Gefälle.¹⁸ „In Ostdeutschland fallen die Nachhilfequoten deutlich niedriger aus“ als in Westdeutschland, so das DIW. Grund: Private Nachhilfe war zu DDR-Zeiten nicht üblich. Die heutigen Eltern hätten zu ihren Schulzeiten keinen privaten Zusatzunterricht erhalten. „Folglich sind sie mit Nachhilfe nicht vertraut und fragen sie auch nicht für ihre Kinder nach.“

Das DIW berichtet zudem, dass „Nachhilfe in starkem Maße von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängt“. Nachhilfe trage deshalb „zur Verstärkung der sozial bedingten Bildungsungleichheit bei“.

Nachhilfe, kombiniert mit Fußball oder Kletterspaß

Im Jahr 2007 bietet die Studienkreis GmbH erstmals „Fußballcamps mit Lernschule“.¹⁹ Die Idee klingt originell:²⁰ In den Ferien, wahlweise fünf, elf oder zwölf Tage lang, holen Kinder und Jugendliche versäumten Stoff nach. Sie lernen in kleinen Gruppen, täglich zweimal 45 Minuten. Angeboten werden Englisch, Deutsch oder Mathe. Dazu steht Fußball auf dem Stundenplan. „Qualifiziertes Training sowie tolle Spiele und Turniere“, werben die Veranstalter. Das Ganze läuft im Heide-Park im niedersächsischen Soltau über die Bühne. Fünf Tage kosten immerhin 479,95 Euro – inklusive Ausrüstung, Nachhilfe, Übernachtung und Vollverpflegung. Partner des Studienkreises ist die Eventagentur Pro-Sport GmbH.

Konkurrent Schülerhilfe kann da mithalten. Das Unternehmen geht mit einer Kombination aus Nachhilfe und Urlaub an den Start.²¹ Motto: „Sinus, Cosinus und Wattenmeer“ – in den Osterferien 2007 in Westerland auf Sylt, in den Sommerferien 2007 im österreichischen Kleinwalsertal. An beiden Orten dauerten die Lerncamps jeweils fünf Tage. Vormittags büffeln, nachmittags Freizeitspaß, lautet die Devise. Im Kleinwalsertal verkleideten sich Jungs und Mädchen als Seeräuber, gingen auf Schatzsuche und kletterten im Hochseilgarten. Fünf Tage Nachhilfe im Kleinwalsertal kosteten 109 Euro.²² Wer das Freizeitprogramm mitbuchte, zahlte weitere 119 Euro. Übernachtung und Mittagessen waren im Preis nicht mit drin. Darum kümmerten sich die Eltern, die – so das Konzept – gemeinsam mit den Kindern Ferien machen. Während sich Mama und Papa entspannen, arbeitet der Nachwuchs im Lerncamp Versäumtes auf. Größere Kinder, die allein reisen, zahlten 379 Euro, einschließlich Unterkunft, Vollpension und Nachmittagsprogramm.

Auch die Schülerhilfe GmbH bedient sich diverser Partnerunternehmen – in Syllt und in Österreich sind das die jeweiligen Tourismusagenturen. Die Fremdenverkehrsbranche profitiert. „Wir haben enormen Zulauf“, berichtet Sandra Jansen, Marketingleiterin von Kleinwalsertal Tourismus.

Bei der Schülerhilfe sitzt ein Dritter mit im Veranstaltungsboot: Die Zeitschrift „Focus Schule“ aus dem Münchner Burda-Verlag. Dort erscheint auch die 20 Seiten starke Beilage des Magazins Focus über die Lerncamps der Schülerhilfe. Burda nutzt die Kooperation, um wertvolle Adressen zu sammeln. Das ausgefüllte Anmeldeformular faxen Eltern an „Focus Schule“ – inklusive Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse und Unterkunftswunsch („Hotel“, „Gästehaus mit Frühstück“...).²³ Im Formular ist die Einwilligung zur Datenweitergabe bereits angekreuzt: „Ich bin damit einverstanden, dass Sie mich per Mail oder mobil über interessante Vorteilsangebote der FOCUS Magazin Verlag GmbH plus Partner informieren.“ Dann erst folgt die Klausel „Bitte ggf. durchstreichen!“.

Hurrelmann lobt über den grünen Klee

Des Lobes voll hingegen ist Professor Klaus Hurrelmann, prominenter Bildungs- und Jugendforscher in Bielefeld.²⁴ Nachhilfesschulen seien Institutionen, die „Reformimpulse in das deutsche Bildungssystem hineingeben können“, findet der Hochschullehrer. Dem deutschen Schulsystem gelinge es nämlich nicht, „vom Kind aus zu denken“. Das sei bei den kommerziellen Nachhilfesschulen anders. Sie „arbeiten individuell mit den Schülern“, würden „sensibel auf die Bedürfnisse ihrer Klientel reagieren“.

Hurrelmann glaubt auch herausgefunden zu haben, dass private Nachhilfeeinrichtungen „zu einer weiteren Professionalisierung des pädagogischen Dienstleistungssektors“ beitragen. „So mancher öffentlich-rechtlicher Schule würde es sehr gut tun, wenn sie Organisationselemente einer modernen Nachhilfeeinrichtung übernehme.“

Klaus Hurrelmann fordert denn auch eine Public-Private-Partnership²⁵ zwischen öffentlichen Schulen und privaten Nachhilfeeinrichtungen. „Hauptschulen, Realschulen oder Gymnasien“ könnten „Teile des Nachmittagsangebots in die Hände von Nachhilfeeinrichtungen geben“.

Hurrelmann trug diese Aussagen auf einer Pressekonferenz vor, zu der die Studienkreis GmbH am 13. September 2006 nach Berlin geladen hatte. Hurrelmann habe dafür eine „Aufwandsentschädigung“ erhalten, teilt der Studienkreis auf Anfrage mit. In welcher Höhe, will das Unternehmen allerdings nicht verraten.

Vom Kritiker zum Befürworter

Vor zehn Jahren klang Klaus Hurrelmann noch ganz anders. „Das ist eine neue Form des Schulgeldes“, kritisierte der Professor die private Nachhilfe in einem Fernsehbeitrag des Politmagazins Kontraste, ausgestrahlt am 27. März 1997.²⁶ Hurrelmann damals weiter: „Das schafft neue Bildungsungleichheit. Und zwar in einem Ausmaß, das wir jetzt schon lange nicht mehr hatten.“

Doch heute entsprechen Hurrelmanns Forderungen dem, was die Nachhilfelobby fordert. Nachhilfeeunterricht sei „keineswegs systemwidrig“, betont VNN-Vorsitzende Cornelia Sussieck.²⁷ Im Gegenteil – bei den Mitgliedern des VNN handele es sich um „ideale Partner der Schulen“. „Eine Public-Private-Partnership würde die Schulen entlasten“, meint Sussieck. Darin liege die Chance, „die Bildungsmisere beizulegen und die Zukunft des Bildungsstandortes Deutschland zu sichern“.

In Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Baden-Württemberg kooperiert die Studienkreis GmbH bereits mit Schulen. Dabei geht es um Hausaufgabenbetreuung, aber auch um die Therapie von Lese-Rechtsschreibschwäche (Legasthenie) und Rechenschwäche (Dyskalkulie).²⁸ Ein Studienkreis-Kurs zur Förderung der Lesekompetenz („Komplettpaket für den Nachmittag“) lief im Schuljahr 2005/2006 an Düsseldorfer Ganztagschulen. Etwa an der Franz-Vaahsen-Schule, einer städtischen katholischen Grundschule.²⁹ Bundesweit sind es bereits 40 bis 50 Ganztagschulen, die den Lesekompetenzkurs anbieten. Das berichtet der Studienkreis.

Der Leseförderkurs findet im Schulgebäude statt.³⁰ Die Teilnehmerzahl ist auf zehn Kinder beschränkt. Das Angebot umfasst 36 Doppelstunden, in der Regel eine Doppelstunde pro Woche.

Kosten: 3.500 Euro.³¹ Macht bei zehn Kindern und einer Laufzeit von zehn Monaten 35 Euro pro Kind und Monat.

Werbung durch den Bundesverband der Schulfördervereine

Der Bundesverband der Schulfördervereine (BSFV)³² treibt ganz offen Werbung für die Studienkreis GmbH. Bei deren Leseförderkurs handelt es sich um „einen klugen Baustein für die Entwicklungen von Ganztagschulen“. Das findet Dietmar Bronder, langjähriger Vorsitzender des BSFV, nachzulesen in der Studienkreis-Broschüre zum Lesekurs.³³ Bronder, selbst Leiter einer Hauptschule in Duisburg, zweifelt offenbar an der Kompetenz des staatliche Schulwesens. „Nur eine Vernetzung von ehrenamtlichem Engagement, staatlicher Fürsorge und unternehmerischem Knowhow“, so Bronder, könne „wirksam die Leistungen der Schüler auf breiter Basis verbessern“.³⁴ Die Konsequenz: Der Bundesverband der Schulfördervereine „empfiehlt seinen Mitgliedern, sich für die Durchführung der Kurse an ihrer Schule einzusetzen“.

Nachhilfeschulen als Franchise-Unternehmen: angeblich traumhafte Rendite

Die Studienkreis GmbH, gegründet 1974, betreibt in Deutschland etwa 1.000 Nachhilfeschulen.³⁵ Rund 400 davon werden von Franchisepartnern geführt.³⁶ Die haben das Recht erworben, den Markennamen Studienkreis zu nutzen. Sie erhalten Hilfe bei der Auswahl von Mitarbeitern. Sie können auch Schulungen in Anspruch nehmen, etwa zum Thema Marketing.

Das „notwendige Startkapital“³⁷, heißt es auf der Studienkreis-Website, betrage „15.000 bis 25.000 Euro“. Viel Geld? Die Investition sei „erfahrungsgemäß nach ca. einem Jahr“ wieder reingeholt, behauptet das Unternehmen. Es verspricht den Franchisepartnern traumhafte Rendite: „ca. 30 bis 40 Prozent Unternehmensgewinn vor Steuern“.³⁸ Diese Zahlen, beteuert Thomas Momotow von der Studienkreis GmbH, „basieren auf den Werten und Erfahrungen der letzten 15 Jahre“.

Hinter der Studienkreis GmbH steht die Cornelsen-Verlagsgruppe in Berlin. So wundert es nicht, dass der Studienkreis eine ganze Palette an Lernmaterialien feil bietet. Etwa den „Deutsch Helfer“ für die Grundschule, bestehend aus elf Heften. Preis: 19 Euro.³⁹

Konkurrent Schülerhilfe kommt ebenfalls auf rund 1.000 Nachhilfeschulen. 200 betreibt das Unternehmen selbst, 800 werden von Franchisepartnern geführt. 9.500 Euro beträgt die „einmalige Einstiegsgebühr“.⁴⁰ Hinzu kommen – je nach Standort – monatlich zwischen 560 Euro und 880 Euro Franchisegebühren. Weitere monatliche rund 350 Euro fallen an für „nationale Werbung“ und Öffentlichkeitsarbeit. 17.000 Euro bis 32.000 Euro sind für Anfangsinvestitionen („Renovierung, Einrichtung und Startwer-

bung, etc.“) zu veranschlagen. Damit, findet die Schülerhilfe, seien die Startkosten für den Sprung in die Selbständigkeit „erfreulich niedrig“.

Und welche berufliche Qualifikationen müssen die Franchisenehmer erfüllen? Die Hürden, so scheint es, sind nicht allzu hoch. „Spaß am Umgang mit Menschen“ sowie „kaufmännische Fähigkeiten“ müsse der Unternehmer in spe mitbringen, schreibt die Schülerhilfe in ihrer Franchisemappe.⁴¹ Und natürlich „pädagogisches Interesse“ – um zusammen mit den Nachhilfelehrern fachlich kompetenten Unterricht zu gewährleisten.

3. Qualitätscheck: Wie gut sind kommerzielle Institute?

Wie steht's um die Qualität? Diese Frage stellte die Stiftung Warentest im Frühjahr 2006.⁴² Sie nahm vier bundesweite Anbieter unter die Lupe: Schülerhilfe, Studienkreis, Berlitz und Lernstudio Barbarossa. Die Ergebnisse fallen eher dürrig aus, urteilten die Warentester.

Stichwort Beratung

Die Testpersonen schilderten jedem der Anbieter jeweils drei Problemfälle. Beim dritten Fall beschrieben sie jeweils deutliche Anzeichen für eine Lese-Rechtschreibschwäche (Legasthenie). Ergebnis der Testgespräche: „Von differenzierter Beratung kann kaum die Rede sein.“ Nur in einem Gespräch, beim Studienkreis, sprach das Institut die Legasthenie an. „Das wäre aber in jedem Fall notwendig gewesen“, schreibt Stiftung Warentest. „Denn die klassische Nachhilfe ist für Legasthenie nicht geeignet.“ Hier sind Spezialkurse erforderlich.

Schülerhilfe GmbH: Dubioser Fragebogen

Ehe potenzielle Franchisepartner von der Schülerhilfe zum Gespräch eingeladen werden, müssen sie einen Fragebogen ausfüllen.⁴³ Und wieder erhält ein Unternehmen private Daten: Die Schülerhilfe GmbH erkundigt sich nach dem Familienstand („geschieden/getrennt lebend“), der Anzahl der Kinder und dem „Beruf des Ehe-/Lebenspartners“. Zu beantworten ist ferner: „Sind Sie vorbestraft?“. „Liegen Lohn/Gehaltspfändungen vor oder erwarten Sie diese?“. „Sind Sie schwerbehindert?“ – „Wenn ja, Art der Behinderung: ...“ Das Unternehmen interessiert sich auch für „Verfügbares Eigenkapital (inkl. PKW, Lebensversicherung, Bausparverträge, Wertpapiere, Immobilien etc.)“. Alle Angaben, betont die Schülerhilfe, werden „streng vertraulich behandelt“.

Da erscheint der Online-Fragebogen des Konkurrenten Studienkreis deutlich harmloser.⁴⁴ Der Familienstand und die Anzahl der Kinder werden abgefragt. Außerdem die berufliche Tätigkeit und wie hoch die maximale Investition in Euro ausfallen kann – das war es im Wesentlichen schon.

Marco Sandfort, Justitiar des GEW-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, hat denn auch seine Bedenken. „Diskriminierend“, nennt der Rechtsexperte die Frage der Schülerhilfe nach etwaigen Schwerbehinderungen. Auch sei nicht klar, so Sandfort, aus welchem Grund Angaben zum Familienstand, zur Kinderzahl oder zum Beruf des Lebenspartners zu machen sind.

Was sagt die Schülerhilfe zur Kritik Sandforts? Pressesprecherin Karla Schachtner bedankt sich für den „Hinweis“ – und deutet Besserung an. „Unsere kompletten Informationsunterlagen befinden sich derzeit in Bearbeitung“, erklärt Schachtner. Und: „Wer-

den von Bewerbern in unserem Fragebogen Punkte offen gelassen, werden diese nicht explizit nachgefragt.“

Die Tester der Stiftung Warentest urteilen weiter, dass die Gespräche bei Studienkreis und Lernstudie Barbarossa „wenigstens teilweise fachgerecht“ verliefen. Die Schülerhilfe hingegen machte „den schlechtesten Eindruck“. In zwei Filialen erhielt die Beratung schlechte Noten. Die Unterrichtsräume wirkten „düster, ungemütlich und muffig“. Bei Berlitz, so der Eindruck der Tester im Jahr 2006, schien in Sachen Nachhilfe noch nicht viel zu laufen. „In Köln wurde ein Beratungstermin vereinbart, obwohl schon am Telefon klar gewesen sein muss, dass es für das betreffende Kind gar keinen Kurs gibt“, heißt es im Testbericht.

Stiftung Warentest startete zudem eine Umfrage per Internet. Antworten von 307 Nachhilfekunden konnten ausgewertet werden. „Haben sich die Schulnoten durch die Nachhilfe verbessert?“, wollten die Tester wissen. Mit Ja antworteten 82,9 Prozent derjenigen, die zur privat organisierten Nachhilfe gegangen sind – aber nur 79,4 Prozent der Kunden von Nachhilfeinstituten. „Würden Sie das Institut oder den Nachhilfelehrer weiterempfehlen?“, lautete Frage 2. Mit Ja antworteten diesmal 95,2 Prozent der Befragten, die Erfahrung mit privat organisierter Nachhilfe hatten – gegenüber 85,6 Prozent Zustimmung bei jenen, die ein Institut aufgesucht hatten. Zweimal also gingen die Privatlehrer als Sieger hervor.

Stichwort Qualitätssicherung

Sind finanzielle Mittel vorhanden, könne hierzulande jeder ein Nachhilfeinstitut aufmachen, kritisieren die Tester. „Staatliche Aufsicht findet kaum statt.“ Die Qualitätssicherung befinde sich noch ganz am Anfang. Das jedoch soll sich ändern. Zwölf Einzelinstitute haben sich

derweil zur Gütegemeinschaft Interessenverband Nachhilfeschulen zusammengeschlossen, berichtet Warentest. Gemeinsam stellten sie Qualitätskriterien auf. Die Gütegemeinschaft lässt Nachhilfeschulen zusammen mit dem Deutschen Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung (RAL) zertifizieren. Doch erst sieben Institute, beanstandet Stiftung Warentest, erwarben bislang das RAL-Gütesiegel.

Cornelia Sussieck vom VNN begrüßt die Kritik der Warentester. „In der Folge hat sich ein spürbarer Qualitätsschub bemerkbar gemacht.“ Viele Einrichtungen bereiteten sich nun auf eine Zertifizierung vor. Schade sei nur, so die VNN-Chefin, „dass es einen enormen Schwarzmarkt gibt“. Der decke etwa zwei Drittel des Gesamtmarktes ab – und werde „weder getestet noch anderweitig untersucht“.

US-Finanzinvestoren schlagen zu

Die Schülerhilfe GmbH ist ein Tochterunternehmen des Sylvan Learning Center, des „größten privaten Anbieters für Nachhilfe in Nordamerika“.⁴⁵ Sylvan wiederum gehört zu Educate,⁴⁶ einem international tätigen, börsennotierten Bildungsdienstleister mit Sitz in Baltimore (etwa 2.500 Mitarbeiter, rund 400 Millionen Dollar Umsatz in 2006).⁴⁷ Als Europachef von Educate amtiert der Schwede Carl-Mikael Wilhelmsson. Er ist, laut Fachmagazin Spielzeug international, „Experte für Vermarktung und Gestaltung von Konsumentenprodukten im Bereich Kinder und Jugend“.⁴⁸ Im Juni 2007 wurde Educate – inklusive der Schülerhilfe – für rund 535 Millionen Dollar von Finanzinvestoren übernommen.⁴⁹ Am Deal beteiligt waren Sterling Capital Partners und Citigroup Private Equity.

Vor allem die großen Anbieter kümmern sich um den Qualitätscheck. Die Schülerhilfe meldet, dass 130 ihrer Institute bereits durch den TÜV Nord zertifiziert wurden.⁵⁰ Bis 2009 soll auch der Rest überprüft werden. Konkurrent Studienkreis verweist auf 450 zertifizierte Nachhilfeschulen, geprüft vom TÜV Rheinland.⁵¹

4. Steuer-Privilegien für Nachhilfeanbieter

Der Fraktion Die Linke im Bundestag missfällt, dass der Staat die kommerziellen Nachhilfeanbieter von der Umsatzsteuer befreit hat.⁵² „Eine Privilegierung“, urteilen Abgeordnete der Links-Partei wie Cornelia Hirsch. Die Bundesregierung verzichte dadurch jedes Jahr „auf Einnahmen in Millionenhöhe“. Gelder, die für eine bessere Ausstattung des Schulwesens fehlten.

Die Bundesregierung widerspricht – und verweist auf das Umsatzsteuergesetz und die 6. EG-Richtlinie.⁵³ Demnach seien die „unmittelbar dem Schul- und Bildungszweck dienenden Leistungen privater Schulen und anderer allgemeinbildender Einrichtungen“ steuerfrei. Vorausgesetzt, diese bereiten auf eine Prüfung vor, die vor einer „juristischen Person des öffentlichen Rechts“ abzulegen ist. Dies, findet die Bundesregierung, trifft auf Nachhilfeanbieter zu.

Die Links-Fraktion will das nicht akzeptieren. In einem Antrag an die Bundesregierung vom 25. April 2007⁵⁴ forderten die Oppositionspolitiker, private Nachhilfeangebote im Umsatzsteuergesetz „nicht mehr als Teil des Bildungswesens“ anzuerkennen. Damit würde die 6. EU-Richtlinie nicht greifen. „Die Bundesregierung muss hierzu Änderungen im Umsatzsteuergesetz bzw. in den Ausführungsbestimmungen beschließen“, fordert Die Linke. Der Antrag wurde am 13. Juni 2007 im Bildungsausschuss beraten – und abgelehnt.

5. Propaganda inklusive: Nachhilfe von NPD und Scientology

Nachhilfeangebote eignen sich offenbar auch, um politische Propaganda zu verbreiten. Im Frühjahr 2007 berichten mehrere Zeitungen, dass die NPD in Sachsen Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung anbietet – und zwar kostenlos. Das sei „Bestandteil unseres politischen Konzepts“, bestätigt Stefan Rochow von der NPD-Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten.⁵⁵ Doch Beobachter warnen: Auf diese Weise gelinge es der rechtsextremen Partei, Kinder und Jugendliche mit ihrem Gedankengut vertraut zu machen und sie als Anhänger zu gewinnen.⁵⁶ „Die Eltern schöpfen keinerlei Verdacht und wähen ihre Kinder in guten Händen“, berichtet Cornelia Sussiek vom Bundesverband Nachhilfe- und Nachmittagschulen.⁵⁷ „Junge Menschen derart schändlich zu ideologisieren“, so Sussiek, „ist in hohem Maße verwerflich“.

Auch Scientology sei auf dem Nachhilfemarkt aktiv, warnten Sektenexperten bereits vor gut einem Jahr. „Mit unverfänglichem Werbematerial würden Schüler in die Institute gelockt“, schrieb Spiegel Online am 2. August 2006.⁵⁸ Ziel sei, den Einfluss der umstrittenen Organisation zu erweitern. Scientology weist nach dem Bericht von Spiegel Online die Vorwürfe zurück. Auch wenn einzelne Nachhilfeeinstitute von Scientology-Mitgliedern geführt würden, so eine Sprecherin der umstrittenen Organisation, hätten diese Einrichtungen „nichts mit Scientology-Kirchen und –Methoden zu tun“.⁵⁹ Rund 30 Nachhilfeeinstitute in Deutschland seien auf der Website von Applied Scholastics aufgeführt, so Spiegel Online. Bei Applied Scholastic handele es sich um eine Organisation, die die Lernmethoden von Scientology-Gründer L.Ron Hubbard verbreite. Ein Bericht von wdr.de nennt vier Nachhilfeanbieter in Nordrhein-Westfalen, die nach Hubbards Methoden arbeiten – unter anderem in Essen, Münster und Lichtenau.⁶⁰ „Weltweit mehr als drei Millionen Menschen haben bisher an

den Programmen von Applied Scholastics teilgenommen“.⁶¹ So war es noch im Mai 2007 auf bessere-bildung.de zu lesen – eine Homepage, die von der Scientology Church betrieben wurde. Weiter hieß es dort über Applied Scholastics: „Sein Netzwerk aus Schulen, Vereinigungen und Initiativen zur Verbesserung der Lesekompetenz besteht heute aus 94 Schulen und 476 Lerngruppen in 56 Ländern.“ Auch professionelles-lernen.de ist eine Website, die der Scientology-Organisation nahesteht.⁶²

Was die GEW fordert

Die GEW sieht den boomenden Nachhilfemarkt mit Sorge. Durch das kommerzielle Parallelsystem am Nachmittag werde die soziale Chancenungleichheit „erheblich“ verstärkt,⁶³ kritisiert Marianne Demmer, stellvertretende Vorsitzende. Denn: „Wer individuelle schulische Förderung für sein Kind will, braucht Geld und Glück“, sagt Demmer. „Geld, um Nachhilfe bezahlen zu können. Glück, um das richtige Nachhilfeeinstitut zu finden.“ Wer keins habe, „muß oft genug hilflos mit ansehen, wie das eigene Kind zum Bildungsverlierer wird“, kommentiert die GEW-Sprecherin.

Marianne Demmer kritisiert zudem, dass sich neben seriösen Anbietern „Scharlatane, religiöse Eiferer und Nichtsköner“ tummeln. Die Gewerkschaft fordert, dieses System auszutrocknen – durch den Umbau des selektiven Halbtagschulwesens zu einem integrativen Ganztagschulsystem. Schulen, so Marianne Demmer, seien personell und materiell so auszustatten, „dass Nachhilfe kostenfrei in der Schule erteilt werden kann“. Doch nichts passiert. „16 Kultusminister und eine Bundesbildungsministerin schauen unbeteiligt zu“, kommentiert die GEW.

Quellen

- 1 Zum Folgenden siehe: Damoklesschwert Sitzenbleiben, Pressemitteilung des VNN vom 16.1.2007
- 2 Nadine Teut, Bildung: Nachhilfe boomt, in: wdr.de, 19.3.2007
- 3 Mario H. Kraus, Nachhilfe ist uns lieb und teuer, in: blz, Mitgliederzeitschrift der GEW Berlin, Nr. 10/2006
- 4 Vgl. Nachhilfe. Büffeln für bessere Noten. Test der Stiftung Warentest, 4/2006
- 5 <http://www.academia.de/>
- 6 <http://www.benesse.co.jp/english/index.html>
- 7 Mario H. Kraus, Nachhilfe ist uns lieb und teuer, a. a. O.
- 8 Angaben laut: Nachhilfe. Büffeln für bessere Noten, Stiftung Warentest, Heft 4/2006. Online-Ausgabe des Artikels, im Netz gefunden am 11.5.2007
- 9 Nachhilfe. Büffeln für bessere Noten, Stiftung Warentest, Heft 4/2006.
- 10 E-Mail von Schülerhilfe und Studienkreis an den Autor, jeweils mit Datum vom 17.8.2007
- 11 Mario H. Kraus, Nachhilfe ist uns lieb und teuer, a. a. O.
- 12 Zum Folgenden siehe: Wolf Schmidt, Tchibo handelt jetzt auch mit Nachhilfe, in: taz, 27.2.2007
- 13 <http://www.n-tv.de/771476.html>
- 14 Thorsten Schneider, Nachhilfe als Strategie zur Verwirklichung von Bildungszielen. Eine empirische Untersuchung mit Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP), DIW, Berlin, Oktober 2004
- 15 Vgl. Insa Gall, Schon jedes dritte Kind ist auf Nachhilfe angewiesen, in: Die Welt, 9.6.2007
- 16 Zitiert nach: Insa Gall, Schon jedes dritte Kind ist auf Nachhilfe angewiesen, a. a. O.
- 17 Zitiert nach: Insa Gall, Schon jedes dritte Kind ist auf Nachhilfe angewiesen, a. a. O.
- 18 Zum folgenden siehe Thorsten Schneider, Nachhilfe als Strategie zur Verwirklichung von Bildungszielen, a. a. O.
- 19 <http://www.nachhilfe.de/kooperationen.html>
- 20 Zum Folgenden: <http://www.fussballcamps.de/de/fussballcamps/lerncamps/>

-
- 21 Zum Folgenden siehe Beilage „Lerncamps“ des Magazins Focus Schule; zum Herunterladen unter: <http://nachhilfe.schuelerhilfe.de/ferienangebote/index.cfm#lerncamps>
 - 22 Alle Preise zitiert nach „Anmeldeformular Lerncamps“ (2007), zum Herunterladen unter: <http://nachhilfe.schuelerhilfe.de/ferienangebote/index.cfm#anmeldung>
 - 23 Siehe „Anmeldeformular/Fax Lerncamp 2007“, zum Herunterladen unter: <http://nachhilfe.schuelerhilfe.de/ferienangebote/index.cfm#anmeldung>
 - 24 Zum Folgenden siehe: „Referat Hurrelmann: Zertifizierte Nachhilfe – Öffentliche Schulen und private Anbieter als Partner?“, zum Herunterladen unter: http://www.nachhilfe.de/pressemitteilung_13_09_2006.html
 - 25 Zu Public-Private-Partnerships siehe: Privatisierungsreport Nr. 3, Seite 39ff.
 - 26 Zitiert nach: Jochen Bank, Nur mit viel Geld zum Abitur: Nachhilfeschulen in Deutschland, Manuskript zum Fernsehbeitrag, gesendet in „Kontraste“, 27.3.1997: http://www.rbb-online.de/_/kontraste/beitrag_jsp/key=rbb_beitrag_1354513.html
 - 27 Zum Folgende siehe: Nachhilfeunterricht unterstützt Schulsystem, Presseerklärung des VNN vom 2.5.2007
 - 28 Laut Auskunft von Cornelia Sussieck vom VNN
 - 29 Laut Auskunft von Cornelia Sussieck vom VNN
 - 30 Zum Folgenden: Broschüre „Lesen – Schreiben – Spaß haben!“ des Studienkreises, Seite 15
 - 31 Stand: Mai 2005
 - 32 Siehe Privatisierungsreport Nr. 1, Kapitel über Schulfördervereine
 - 33 Broschüre „Lesen – Schreiben – Spaß haben!“ des Studienkreises, Seite 2, Zum Download unter: http://www.studienkreis-kurse.de/kurse_flyer_broschuere.html
 - 34 Ebenda
 - 35 <http://www.nachhilfe.de/profil.html>
 - 36 <http://www.nachhilfe.de/unternehmen.html>
 - 37 <http://www.nachhilfe.de/partnermodell.98.html>
 - 38 Ebenda
 - 39 Zitiert nach dem Bestellschein auf: http://www.nachhilfe.de/lernmaterialien_grundschule.html

-
- 40 Zum Folgenden siehe Infomappe zum Franchisesystem der Schülerhilfe, S. 5 und 6, zum Herunterladen unter:
<http://nachhilfe.schuelerhilfe.de/franchise/index.cfm>
 - 41 Ebenda, S. 5 bis 7
 - 42 Zum Folgenden: Nachhilfe. Büffeln für bessere Noten, Stiftung Warentest, Heft 4/2006. Alle genannten Fakten und Zitate stammen aus der Online-Ausgabe des Artikels, im Netz gefunden am 11.5.2007
 - 43 Infomappe zum Franchisesystem der Schülerhilfe, S. 9 und 10
 - 44 http://www.nachhilfe.de/partner_online_bewerbung.98.html
 - 45 <http://nachhilfe.schuelerhilfe.de/franchise/index.cfm?print=1>
 - 46 <http://www.educate-inc.com/index.cfm>
 - 47 <http://www.itm-si.de/de/index.html>
 - 48 Ebenda
 - 49 <http://phx.corporate-ir.net/phoenix.zhtml?c=180055&p=irol-newsArticle&ID=1015740&highlight=>
 - 50 <http://nachhilfe.schuelerhilfe.de/aktionen/index.cfm?print=1> (Stand: 26.7.2007)
 - 51 <http://www.nachhilfe.de/>
 - 52 Zum Folgenden siehe: Kommerzialisierungstendenzen im Schulwesen stoppen – Bildungsteilhabe für alle Kinder und Jugendliche sichern. Antrag der Abgeordneten Cornelia Hirsch, u.a. und der Fraktion Die Linke, Drucksache 16/5139, 25.4.2007
 - 53 Umsatzsteuerpflicht für Anbieter privater Nachhilfe. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Hirsch u.a. und der Fraktion Die Linke, Drucksache 16/3455, 20.11.2006
 - 54 Kommerzialisierungstendenzen im Schulwesen stoppen – Bildungsteilhabe für alle Kinder und Jugendliche sichern. Antrag der Abgeordneten Cornelia Hirsch, u.a. und der Fraktion Die Linke, Drucksache 16/5139, 25.4.2007
 - 55 Pressemitteilung der Jungen Nationaldemokraten vom 29.3.2007
 - 56 Stellungnahme des Bundesverbandes Nachhilfe- und Nachmittagsschulen von April 2007
 - 57 Ebenda
 - 58 Carola Padtberg, Schüler-Nachhilfe. Lehrerverbände und Kultusminister warnen vor Scientology, in: Spiegel-Online, 2.8.2006

-
- 59 Zitiert nach: Carola Padtberg, Schüler-Nachhilfe, a. a. O.
- 60 Stand vom 18.8.2006, siehe http://www.wdr.de/radio/schulportal2007/schulwelt_hautnah/archiv/nachhilfe_gehirnwaesche/gehirnwaesche.phtml
- 61 www.bessere-bildung.de, im Netz gefunden am 11.5.2007
- 62 <http://www.professionelles-lernen.de/>
- 63 GEW: Unkontrolliertem Nachhilfemarkt den Nährboden entziehen, Pressemitteilung der GEW vom 5.4.2007

GEW-Links zum Thema

Die GEW-Privatisierungsreporte:

<http://www.gew.de/Privatisierungsreports.html>

Privatschule:

http://www.gew.de/Schlecht_bezahlte_Lehrkraefte_an_Privatschulen.html

http://www.gew.de/GEW_Leistung_der_Privatschulen_im_Schnitt_nicht_besser_als_die_der_staatlichen.html

Nachhilfe:

<http://www.gew.de/Nachhilfe.html>

Ihr Kontakt zur GEW

GEW Baden-Württemberg

Silcherstraße 7
70176 Stuttgart
Telefon: 0711/21030-0
Telefax: 0711/21030-45
www.gew-bw.de
info@gew-bw.de

GEW Bayern

Schwanthalerstraße 64
80336 München
Telefon: 089/544081-0
Telefax: 089/5389487
www.gew-bayern.de
info@gew-bayern.de

GEW Berlin

Ahornstraße 5
10787 Berlin
Telefon: 030/219993-0
Telefax: 030/219993-50
www.gew-berlin.de
info@gew-berlin.de

GEW Brandenburg

Alleestraße 6a
14469 Potsdam
Telefon: 0331/27184-0
Telefax: 0331/27184-30
www.gew-brandenburg.de
info@gew-brandenburg.de

GEW Bremen

Löningstraße 35
28195 Bremen
Telefon: 0421/33764-0
Telefax: 0421/33764-30
www.gew-bremen.de
info@gew-hb.de

GEW Hamburg

Rothenbaumchaussee 15
20148 Hamburg
Telefon: 040/414633-0
Telefax: 040/440877
www.gew-hamburg.de
info@gew-hamburg.de

GEW Hessen

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt am Main
Telefon: 069/971293-0
Telefax: 069/971293-93
www.gew-hessen.de
info@gew-hessen.gew.de

GEW Mecklenburg- Vorpommern

Lübecker Straße 265a
19059 Schwerin
Telefon: 0385/485270
Telefax: 0385/4852724
www.gew-mv.de
Landesverband@mvp.gew.de

GEW Niedersachsen

Berliner Allee 16
30175 Hannover
Telefon: 0511/33804-0
Telefax: 0511/33804-46
www.gew-nds.de
email@gew-nds.de

GEW Nordrhein-Westfalen

Nünningstraße 11
45141 Essen
Telefon: 0201/294030-1
Telefax: 0201/29403-51
www.gew-nrw.de
info@gew-nrw.de

GEW Rheinland-Pfalz

Neubrunnenstraße 8
55116 Mainz
Telefon: 06131/28988-0
Telefax: 06131/28988-80
www.gew-rlp.de
gew@gew-rlp.de

GEW Saarland

Mainzer Straße 84
66121 Saarbrücken
Telefon: 0681/66830-0
Telefax: 0681/66830-17
www.gew-saarland.de
info@gew-saarland.de

GEW Sachsen

Nonnenstraße 58
04229 Leipzig
Telefon: 0341/4947404
Telefax: 0341/4947406
www.gew-sachsen.de
gew-sachsen@t-online.de

GEW Sachsen-Anhalt

Markgrafenstraße 6
39114 Magdeburg
Telefon: 0391/73554-0
Telefax: 0391/7313405
www.gew-lsa.de
lv@gew-lsa.de

GEW Schleswig-Holstein

Legienstraße 22–24
24103 Kiel
Telefon: 0431/554220
Telefax: 0431/554948
www.gew-sh.de
info@gew-sh.de

GEW Thüringen

Heinrich-Mann-Straße 22
99096 Erfurt
Telefon: 0361/59095-0
Telefax: 0361/59095-60
www.gew-thueringen.de
info@gew-thueringen.de

GEW-Hauptvorstand

Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon: 069/78973-0
Telefax: 069/78973-201
www.gew.de
info@gew.de

GEW-Hauptvorstand

**Parlamentarisches
Verbindungsbüro Berlin**
Wallstraße 65
10179 Berlin
Telefon: 030/235014-11 bis 15
Telefax: 030/235014-10
info@buero-berlin.gew.de

Die GEW im Internet

www.gew.de

Antrag auf Mitgliedschaft (Bitte in Druckschrift ausfüllen)

Persönliches

Frau/Herr

Nachname (Titel)

Vorname

Straße, Nr.

Postleitzahl, Ort

E-mail

Geburtsdatum

Nationalität

gewünschtes Eintrittsdatum

Telefon

bisher gewerkschaftlich organisiert bei

von/bis

(Monat/Jahr)

Name/Ort der Bank

Kontonummer

BLZ

Berufliches

Berufsbezeichnung für Studierende: Berufsziel

Fachgruppe

Diensteintritt / Berufsanfang

Tarif- / Besoldungsgebiet

Tarif / Besoldungsgruppe

Stufe

seit

Bruttoeinkommen Euro monatlich (falls nicht öffentlicher Dienst)

Betrieb / Dienststelle

Träger des Betriebs / der Dienststelle

Straße, Nr. des Betriebs / der Dienststelle

Postleitzahl, Ort des Betriebs/der Dienststelle

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen. Änderungen des Beschäftigungsverhältnisses mit Auswirkungen auf die Beitragshöhe sind umgehend der Landesgeschäftsstelle mitzuteilen. Überzahlte Beiträge werden nur für das laufende und das diesem vorausgehende Quartal auf Antrag verrechnet. Die Mitgliedschaft beginnt zum nächstmöglichen Termin. Der Austritt ist mit einer Frist von drei Monaten schriftlich dem Landesverband zu erklären und nur zum Ende eines Kalenderjahres möglich.

Beschäftigungsverhältnis

- Honorarkraft
- angestellt
- beamtet
- teilzeitbeschäftigt mit ____ %
- in Rente / pensioniert
- Altersteilzeit
- befristet bis

- arbeitslos
- beurlaubt ohne Bezüge
- teilzeitbeschäftigt mit ____ Std. / Woche
- im Studium
- in Elternzeit
- Referendariat / Berufspraktikum
- Sonstiges

Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen. Die Zustimmung zum Lastschriftinzug ist Voraussetzung für die Mitgliedschaft. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum

Unterschrift

wird von der GEW ausgefüllt

GEW-KVI-OV

Dienststelle

Fachgruppe

Kassiererstelle

Tarifbereich

Beschäftigungsverhältnis

Mitgliedsbeitrag Euro

Startmonat

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband der GEW bzw. an den Hauptvorstand.

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

